

Die Linke

Sozialistische Linke
Nordrhein-Westfalen

Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?

Manifest der
Sozialistischen Linken NRW
in der Partei Die Linke

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN? – MANIFEST DER SOZIALISTISCHEN LINKEN IN DER PARTEI DIE LINKE	2
1. Präambel	2
II. Grundsätze	3
1. Aussagen der Gründungserklärung	3
2. Die Aufklärung bleibt uneingelöst	3
3. Die Klassenfrage	5
4. Reformismus? (sozialistische Reformen)	9
5. Nord-Süd – globale Armut	10
6. Ökologie	12
III. Kapitalismus im Wandel	13
1. Gesichter des Kapitalismus	13
2. Die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus verblasst	17
3. Weltpolitische Ausgangslage	18
4. Grüner Kapitalismus?	21
5. Neuer Rüstungskapitalismus	23
6. Aufstieg der Rechten und Vampirkapitalismus	25
IV. Aufgabe der Linken und der Sozialistischen LinkeN	27
1. Was heißt demokratischer Sozialismus?	27
2. Sozial-Ökologische Transformation und positive Steuerung	29
3. Das System nach vorne verteidigen	33
4. Aufgabe der SL	38
V. Handlungsfelder konkret:	39
1. Demokratie	39
2. Industrie- und Infrastrukturpolitik statt Aufrüstung	40
3. Wirtschaftsdemokratie und Steuerung	41
4. Ökologischer Umbau	43
5. Sozialstaat und Steuer	44
6. Finanzausgleich	45
7. Migrationspolitik	46
8. Bildung	48

Wo stehen wir, wo wollen wir hin? – Manifest der Sozialistischen Linken (NRW) in der Partei Die Linke

1. Präambel

Wir leben in finsternen Zeiten: „Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist. Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt.“ Das schrieb Bertolt Brecht, als die Zeiten noch finsterner waren und das faschistische Deutschland sich anschickte, Europa zu terrorisieren und tödliche Vernichtung über die Welt zu bringen. Die Nazis hatten die Arbeiterbewegung in Deutschland zerschlagen. Kommunisten, Sozialdemokraten und kritische Intellektuelle trafen sich in Konzentrationslagern oder waren geflüchtet.

So finster sind die Zeiten (noch) nicht, aber die Zukunft scheint alles andere als rosig zu werden. Krieg und Gewalt waren nie aus der Weltpolitik verschwunden, aber sie sind näher gerückt und die Großmächte stehen sich direkt als Gegner gegenüber. Der Klimawandel ist von der Computersimulation zur fühlbaren Realität geworden. Vergessen wird oft: Die ökologische Krise ist umfassender. Während es im Norden gilt, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, gibt es im Süden immer noch Hunger und bittere Armut. Wer nicht satt wird, denkt nicht zuerst an die natürliche Umwelt. Der Reichtum im globalen Norden ist weiter ungerecht verteilt, begünstigt die ökologische Zerstörung und finanzielle Not, die sich insbesondere in den Vorstädten der Metropolen des Nordens verdichtet.

Der Neoliberalismus hat Reste gesellschaftlicher Solidarität zerstört und schafft Verunsicherung, die den Aufstieg einer extremen, autoritären Rechten begünstigt. Die Rechte täuscht einfache Lösungen vor und verschiebt die Probleme auf Sündenböcke. An der Macht zerstört sie nicht nur die liberale Demokratie, sondern mit dem bürgerlichen Staat auch die Voraussetzungen des Kapitalismus selbst. Die gesellschaftliche Linke ist in der Defensive und es gibt wenig Anzeichen für gesellschaftliche Kräfte, welche den Untergang des neoliberalen Kapitalismus mit einer emanzipatorischen Hoffnung oder gar einer sozialistischen Perspektive verbinden.

Der Weg zu einem ökologischen Kapitalismus wurde verlassen. Für einen solchen Weg stand der Green Deal der EU oder die ökologischen Programme der US-Regierung unter Biden. Die neue Dominanz der Gewalt in der Weltordnung scheint eher zu einem neuen Wettrüsten zu führen, das die Wirtschaft und Gesellschaft im globalen Norden absehbar

so verändern wird, dass die liberale Demokratie in Gefahr gerät. Und nicht nur Pessimisten befürchten, dass die Lebensgrundlage der Menschheit, zumindest aber die Zivilisation in Gefahr ist.

II. Grundsätze

1. Aussagen der Gründungserklärung

Die Sozialistische Linke (SL) gründete sich 2006 als Strömung der Linken und definierte sich in ihrer Gründungserklärung als gewerkschaftlich orientierte Strömung¹ in der Tradition der Arbeiterbewegung. Die SL wolle „die Welt so gestalten, dass den Menschen ein Leben nach ihren Bedürfnissen in Würde, materieller Sicherheit und Freiheit ermöglicht wird. Die Linke muss zugleich realistisch und radikal, an die Wurzel gehend, sein. Sie muss die fortschrittlichen Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft, Kultur und Politik zusammenführen und gesellschaftliche Bündnisse schmieden. Sie muss Perspektiven für ein besseres Leben entwickeln und die Menschen gewinnen, sich gemeinsam dafür einzusetzen. Sie muss für die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen wie auch des Bewusstseins der Menschen kämpfen. Nur so können wir das Wünschbare möglich machen und das Mögliche durchsetzen. Mit diesem Text melden wir uns als eine breite Strömung zu Wort, die an linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen anknüpft. Wichtige Grundlagen unserer Positionen bilden marxistische Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion sowie links-keynesianische Positionen alternativer Wirtschaftspolitik.“² In der Positionsbestimmung zur Reorganisation der SL in NRW Ende 2024 verortet sie sich zwischen Marx und Keynes. Sie stehe „in der Tradition der kritischen Aufklärung und der von Marx ausgehenden Kritik der politischen Ökonomie, ist aber auch offen für neue progressive Impulse.“³ Es gelte auch in Zukunft, die Interessen der Lohnabhängigen aufzugreifen und die gewerkschaftliche Interessenvertretung zu stärken.

2. Die Aufklärung bleibt uneingelöst

Rousseau, einer der ersten Aufklärer, an dessen Tradition die Sozialistische Linke anknüpft, gab seinen Zeitgenossen Bescheid: „Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten.“ Kant verstand die Aufklärung als den Ausgang des Menschen aus

¹ Niemand kennt mehr den Streit ob gewerkschaftlich orientiert oder ausgerichtet. Der wurde innerhalb der Jusos geführt und signalisierte eine größere oder weniger größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der DKP. Das ist heute Geschichte und irrelevant geworden.

² <https://sozialistische-linke.de/gruendungserklaerung-der-sozialistischen-linken/>.

³ https://technikoptimisten.com/wp-content/uploads/2023/12/Thesen_SL_NRW_24_01_06.pdf.

seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Es ging um die Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger aus feudalen Fesseln, die Überwindung der Monarchie und Adelsherrschaft. Es ging um die Abschaffung von Privilegien. Die Losung der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ist bis heute nicht eingelöst – schon gar nicht, wenn man die „Brüderlichkeit“ durch „Solidarität“ ersetzt, um alle Geschlechter einzubeziehen.

Die Forderung nach Abschaffung von Privilegien, nach Aufhebung der Ungleichheit war auch der Beginn der Frauenbewegung. Neben die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789 stellte Olympe de Gouges 1791 die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ und forderte politische Teilhabe und gleiche Rechte für Frauen mit den eindringlichen Worten: „Die Frau hat das Recht das Schafott zu besteigen, also muss sie auch das Recht haben, die Rednertribüne zu besteigen.“ Die Frauenbewegung kann 200 Jahre später einige Erfolge verbuchen – selbstverständlich dürfen Frauen wählen und gewählt werden, und selbstverständlich dürfen Frauen (seit den 1950er Jahren) selbst bestimmen, ob sie einen Arbeitsvertrag eingehen wollen und welchen. Aber es bleibt auch nach 200 Jahren einiges zu tun, um die Gleichheit der Geschlechter zu verwirklichen. Die Vergewaltigung in der Ehe wurde erst 1997 explizit unter Strafe gestellt, was bis heute bei Konservativen umstritten ist. In die Frage, unter welchen Bedingungen eine Schwangerschaft abgebrochen werden kann, mischt sich immer noch die katholische Kirche ein. Und weiterhin wird in „typischen Frauenberufen“ deutlich schlechter bezahlt als in „Männerberufen“ mit ähnlicher Qualifikation. Weiterhin sind die Karrierechancen von vielen Frauen schlechter als die von Männern, letztlich weil sie diejenigen sind, die Kinder gebären und überwiegend die Betreuung in den ersten Lebensjahren übernehmen, schon weil das System der öffentlichen Kinderbetreuung völlig unzureichend ist. Die Geschlechterordnung ist älter als der Kapitalismus, aber das Kapital nutzt die tradierte Hierarchie und das tradierte Rollenbild, etwa um schlechtere Löhne zu bezahlen. Die Frauenbewegung ist nicht grundsätzlich sozialistisch, aber sozialistisches Denken impliziert Emanzipation und die Gleichstellung der Geschlechter, aber keineswegs deren Angleichung, also Gleichmacherei. Aus sozialistischer Perspektive geht es um die Gleichheit in der Differenz oder um die Differenz in der Gleichheit ohne die Verallgemeinerbarkeit aufzugeben, die Kant mit dem kategorischen Imperativ einforderte.

In den letzten Jahren hat ein neuer Ansatz an großer Popularität gewonnen: der Intersektionalismus. Kern dieses Ansatzes ist die Betrachtung der Gesellschaft anhand sog. Achsen der Diskriminierung. Es werden also Merkmale ausfindig gemacht, deren Träger jeweils „diskriminiert“ oder „privilegiert“ werden. Die ursprüngliche Aufzählung von

Race, Class und Gender wird oft um weitere Merkmale wie sexuelle Orientierung erweitert. Diese „Diskriminierungsformen“ seien einerseits gleichrangig, ergäben durch ihre Verwobenheit mehrfache Diskriminierungen. So werden etwa schwarze Frauen sowohl gegenüber Weißen (Frauen) als auch gegenüber Männern diskriminiert. Zweiter Grundbestandteil der Theorie ist die Identitätspolitik. Danach seien die jeweils Diskriminierten die Einzigen, die ihre Interessen artikulieren könnten, und zudem diejenigen, die aus ihrer Stellung heraus bereit seien, sich zu wehren. Damit ersetzt die Betroffenheitsrhetorik die Analyse. Die Identitätspolitik gibt die Grundposition der Verallgemeinerbarkeit auf und bestärkt Ungleichheiten, indem sie die Differenz nicht mit der Gleichheit verbindet, sondern absolut setzt und so stehen lässt.

Der Intersektionalismus hat zur Grundlage die Beobachtung, dass Menschen aufgrund unterschiedlichster Merkmale schlechter behandelt werden und dass alle diese Erfahrungen für die Betroffenen schmerzhaft sind. Nicht erklärt werden jedoch die Ursachen dieser Verhältnisse. Rassismus meint eine Diskriminierung von Menschen, aufgrund ihrer Kultur, Herkunft oder Religion. Diese Merkmale existieren auch außerhalb der Diskriminierungsverhältnisse. Rassismus konstituiert keine Kulturen und Herkünfte, sondern Rassismus ist eine Ideologie. Der Klassenwiderspruch beruht dagegen darauf, dass ein Großteil der Menschen arbeitet, während sich ein anderer Teil deren Produkte aneignet. Es geht also um ein Herrschaftsverhältnis der einen über die anderen. Daran wird deutlich, dass für ein Ende dieser Ungleichheit die Auflösung der Klassen notwendig wäre. Mit Begriffen wie „Klassismus“ ist dieses Verhältnis nicht zu verstehen. Kern der Klassenverhältnisse ist nicht die Ideologie, ist nicht, dass auf arbeitende Menschen herabgesehen wird, sondern ihre Stellung als Lohnabhängige. Diesen qualitativen Unterschied zwischen Rassismus und Klassenverhältnissen begreift der Intersektionalismus nicht.

3. Die Klassenfrage

Die Befreiung von den Fesseln des Feudalismus dachten Rousseau und Kant als demokratische Republik. Gleiche sollten über Gleiche das Gleiche beschließen – so seien alle Interessen gut aufgehoben und Niemandem könne Unrecht geschehen. Kant unterstellte beruflich selbstständigen Männern diese Form der Gleichheit. Frauen und Lohnabhängige waren von der Demokratie ausgeschlossen. Die Arbeiterbewegung hat seit Marx und Engels für das allgemeine Wahlrecht gekämpft und dieses durchgesetzt. Damit war längst keine Gleichheit verwirklicht, sondern nur die liberale, formale Gleichheit, nur die Gleichheit vor dem Gesetz, das von den realen Lebensverhältnissen abstrahiert

und in seiner formalen Gleichheit reale Ungleichheiten produzieren kann. Anatole France brachte das Problem ironisch auf den Punkt: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Reichen wie Armen, unter Brücken zu schlafen, auf Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“

Die sozialistische Utopie bleibt keineswegs dabei stehen, die unabgegoltenen Versprechen der bürgerlichen Revolution einlösen zu wollen. Es geht darum, eine eigene, weitergehende sozialistische Vorstellung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu entwickeln. Freiheit und Gleichheit erscheinen nicht – wie im Liberalismus – als Gegensatzpaar, sondern die eine als Bedingung der jeweils anderen. Ohne Gleichheit keine Freiheit und umgekehrt. Die Freiheit wird als Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit verstanden, und zwar als gleiche Freiheit aller.

Marx und Engels erkannten schnell, dass es mit Freiheit und Gleichheit nicht so weit her ist im Kapitalismus und formulierten den – über Kant hinausgehenden oder präzisierenden – „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Bloch interpretierte: Die Sozialphilosophie zielte auf die ökonomischen Verhältnisse, auf soziale Gleichheit ab, das Naturrecht zielte auf die menschliche Würde ab – der Sozialismus dürfe beides nicht vernachlässigen. Marx und Engels folgerten: Bürgerliche Demokratie allein reicht nicht aus. Um die freie, gleiche Selbstbestimmung herzustellen, müssten die kapitalistischen Verhältnisse umgestoßen und eine sozialistische Gesellschaft von der Arbeiterklasse erkämpft werden. Die Gesellschaft muss in die Lage versetzt werden, über die eigenen Entwicklungsbedingungen selbst zu entscheiden. Die Wirtschaft muss der kapitalistischen Logik, der Verwertung von Wert, der Profitmacherei und Konkurrenz entzogen und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Erst dann lässt sich eine freie Selbstbestimmung von Gleichen denken. Das impliziert nicht nur, dass Ungleichheit reduziert wird – etwa indem das maximale Einkommen in einem Betrieb nicht mehr als das niedrigste Einkommen mal 20 sein darf. Gemeint ist auch, dass die Entscheidung über die Verwendung von Produktionsmitteln und damit die Entscheidung, ob, was, wieviel, wo und wie produziert wird, keine private, von Eigentumstiteln abhängige Entscheidung sein kann, sondern als gesellschaftlich diskutierte Entscheidung, d.h. demokratisch getroffen werden muss. Das ist die Frage der Wirtschaftsdemokratie.

Die soziale Frage oder die Klassenfrage bleibt auch im reichen Norden ein gesellschaftliches Thema. Die Ungleichheit der Einkommen hat auch in den kapitalistischen Zentren

wieder zugenommen. Gemessen wird die Ungleichheit beispielsweise mit dem Gini-Koeffizienten für Haushaltseinkommen. Lag dieser 1991 in Deutschland bei 0,247 Punkten, so hat er heute die 0,3 Punkte Marke überschritten.⁴ Bei den Markteinkommen⁵ ist der Wert von 0,4 im Erhebungsjahr 1985 auf 0,45 angestiegen. Der Wert stieg in den 1990er Jahren und in der ersten Hälfte der 2000er Jahre kontinuierlich an.⁶ Deutschland liegt damit in der Ungleichheit im oberen Bereich. Davor liegen die USA oder auch China.⁷ Führend ist unter den G20 Staaten Südafrika mit einem Wert von 0,6 Punkten.⁸

Ein Mensch, der den Mindestlohn⁹ erhält, verdient in der BRD bei einer 40 Std. Woche im Monat brutto 2.222 Euro, was pro Jahr 26 665 Euro ausmacht. Dagegen erhielt – verdiente hat er es wohl nicht – Tobias Meyer, CEO der DHL Group, in 2024 satte 2,4 Mio. Euro Jahresgehalt. Ähnlich hoch waren auch die Gehälter anderer Dax-Manager. Würde nach Leistung bezahlt, müsste der Manager ca. das 100-fache eines Mindestlohnbeziehers leisten. Ein Kommentar erübrigt sich.

Die Arbeitseinkommen, das lässt sich heute schon sagen, sind bei 20 Prozent der Beschäftigten so niedrig, dass sie keine armutsfeste Rente erwerben können. Besonders betroffen von Armut sind Alleinerziehende, weil es immer noch schwierig ist, Kinderbetreuung und Beruf unter einen Hut zu bekommen. 71 Prozent der alleinerziehenden Mütter und 87 Prozent der alleinerziehenden Väter gehen einer Arbeit nach, trotzdem gelten 41 Prozent der Alleinerziehenden als einkommensarm.¹⁰ Von Armut betroffen sind auch in der BRD vielfach Rentner. Gut 3,5 Millionen, rund 19,6 Prozent der Menschen über 65 gelten als armutsgefährdet.¹¹ Steigende Mieten wurden zu einem Problem für die Mieter. Von den 21 Millionen Mieterhaushalten ist über ein Drittel deutlich durch Wohnkosten überlastet. 3,1 Mio. Haushalte zahlen für Kaltmiete und Heizkosten mehr als 40 Prozent

⁴ Bei der Zahl Null wären in Beispiel die Haushaltseinkommen identisch gleich. Bei 1 würde ein Haushalt über alle Einkommen verfügen, die anderen hätten nichts (<https://www.wsi.de/de/wsi-verteilungsbericht-2019-15097-gini-koeffizient-19188.htm>).

⁵ Markteinkommen umfassen die Einkommen aus Arbeit (z.B. Löhne oder Gewinne) und Vermögen sowie die erhaltenen privaten Transfers und privaten Renteneinkommen..

⁶ <https://sozialstrukturanalysen.de/entwicklung-der-gini-indices/>.

⁷ Wemheuer, Felix, Chinas große Umwälzung (Köln 2022), S. 188.

⁸ <https://www.boell.de/de/infografik-gini-index-g20-einkommensverteilung>.

⁹ Im Jahr 2025: 12,82 Euro pro Stunde.

¹⁰ Nach dem von der EU gesetzten Standard liegt die Armutsgrenze bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten. Die Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten (<https://www.wsi.de/de/armut-14596-armutsgrenzen-nach-haushaltsgroesse-15197.htm>).

¹¹ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/altersarmut-rentner-rekord-statistisches-bundesamt-102.html>.

ihres Einkommens. 4,3 Mio. Haushalte zahlen zwischen 30 und 40 Prozent ihres Einkommens.¹² Die Frage der Gleichheit ist also auch im reichen Norden nicht geklärt, ebenso wenig die Frage der Armut. Und die Ungleichheit ist immer noch eine Frage der sozialen Klasse, auch wenn Manager formal Gehälter, also Lohn beziehen. Sie agieren als Unternehmer, als „funktionale Kapitalisten“¹³ und werden im Unterschied zu „normalen“ Lohnabhängigen auch so bezahlt.

Die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung dachten die beiden Vordenker des Sozialismus als Revolution der Arbeiterklasse, von der sie annahmen, dass sie im ständigen Wachstum begriffen und aufgrund der Verelendung einheitliche Interessen entwickeln würde. Das war im 19. Jahrhundert eine berechtigte Hoffnung oder Annahme. Inzwischen konstatieren wir: Die Klasse in dem alten Sinne gibt es nicht mehr. Die lohnabhängig Beschäftigten bilden keine einheitliche Klasse, weder wenn man auf die Lebensverhältnisse schaut und erst recht nicht, wenn man ihr Bewusstsein, ihre Weltsicht betrachtet. Lohnabhängig beschäftigt ist sowohl die Lehrerin wie der Krankenpfleger, die Putzkraft wie der angestellte Arzt. Ihre Lebenssituation unterscheidet sich im Zweifel erheblich und gemeinsame Weltanschauungen folgen keineswegs allein aus der sozialen Lage. Anders gesagt: Auch der Manager kann ein soziales und ökologisches Gewissen haben, während der Kranführer dazu tendieren kann, auf die Ökologie zu pfeifen und nach unten zu treten. Die Aneignung von Mehrwert durch den Kapitaleigentümer ist dagegen selten das Hauptproblem lohnabhängig Beschäftigter, wohl aber Lohnhöhe, Arbeitszeit und Urlaub und umgekehrt Erschöpfung und Stress. Das macht die politische Arbeit komplizierter. Dennoch gibt es zwischen verschiedenen Gruppen unter den Lohnabhängigen gemeinsame Interessen oder Möglichkeiten, Interessensverbindungen herzustellen, d.h. Bündnisse zwischen verschiedenen Gruppen zu schmieden. Aber sie entstehen nicht (mehr) von selbst.

Rosa Luxemburg hat ähnlich wie Bloch betont, dass Sozialismus ohne individuelle Rechte und gelebte Demokratie nicht zu haben ist. Die angeblich „bürgerlichen“ Freiheitsrechte wie Meinungs-, Presse, und Versammlungsfreiheit seien Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Wenn sie beseitigt werden, kritisierte Luxemburg die Ent-

¹² <https://mieterbund.de/themen-und-positionen/zahlen-fakten/#:~:text=Hohe%20Belastung%20durch%20Wohnkosten,als%2040%20Prozent%20ihres%20Einkommens.>

¹³ Im Unterschied zum fungierenden Kapitalisten, der als Eigentümer das Unternehmen selbst dirigiert.

wicklung in der frühen UdSSR, degeneriere der Sozialismus zu einer „Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.“¹⁴ Es geht dabei nicht nur um die Verbindung von Demokratie und Sozialismus, den demokratischen Sozialismus. Blochs Hinweis auf die menschliche Würde zeigt, dass sozialistisches Denken, die Individualität keineswegs in der Gemeinschaft, im Kommunistischen aufgehen lässt. Die individuellen Rechte sind Voraussetzung der freien Entwicklung der Persönlichkeit, ihrer Verwirklichung in der Gesellschaft. Das Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Selbstbestimmung ist auszuhalten und demokratisch aufzuheben.

4. Reformismus? (sozialistische Reformen)

Rosa Luxemburg hat gleichzeitig erläutert, dass Reform und Revolution, verstanden als Transformation oder Überwindung des Kapitalismus nicht gegeneinander stehen, sondern sich ergänzen: „Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüfett nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene *Momente* in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z. B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.“¹⁵ Reform und Revolution schließen sich allerdings dann aus, wenn man Reform so versteht wie der Neoliberalismus, nämlich als Rückkehr zu den alten Marktgesetzen, aber auch dann, wenn Reformen für sich stehen, kleinere Änderungen ohne Zielrichtung sind.

Auch die „links-keynesianischen Positionen“ werden in der Reihe der Traditionslinien der SL genannt. Keynes fragte sich aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht nach dem großen Crash von 1929, wie die konjunkturellen Einbrüche der kapitalistischen Ökonomie abgemildert werden könnten. Denn die Krise von 1929 hatte nicht nur viele arbeitende Menschen in tiefes Elend gestürzt, sondern das ihre zum Aufstieg der Faschisten in Europa beigetragen. Durch staatliche Investitionen, meinte Keynes, könne die Nachfrage belebt werden. Wenn gleichzeitig die Zinsen gesenkt würden, müsse die Konjunktur nach kurzer Zeit wieder Fahrt aufnehmen. Diese Theorie war nach dem Krieg lange Zeit dominant, bis die neoliberale oder neoklassische Ökonomie zum Angriff auf den

¹⁴ Luxemburg, Rosa, Zur Russischen Revolution, Werke Bd.4 (Berlin 200), S. 359.

¹⁵ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1, Erster Halbbd. (Berlin 1982), S. 369 – 445; Zweiter Teil, Kapitel 2: Die Eroberung der politischen Macht, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/kap2-3.htm>.

sozialstaatlich orientierten Keynesianismus blies und sich mit Regan und Thatcher in den 1980er Jahren durchsetzte.

Keynes ist bekannt für sein Bonmot: „In the long run we are all dead.“ Es ging ihm darum, die Auswirkungen der konjunkturellen Krisen auf die arbeitenden Menschen im Kapitalismus abzumildern. Er wollte nicht auf den Sozialismus warten und er sah, dass die Krise – anders als Marx und Engels das erwartet hatten – keineswegs zu revolutionären, emanzipatorischen Prozessen führte, sondern im Gegenteil zum Abgleiten in den Faschismus. Die Sozialistische Linke knüpft an beide Erkenntnisse an: Mit staatlicher Wirtschaftspolitik können konjunkturelle Krisen abgemildert werden und es braucht Anstrengungen für eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Kapitalismus – die Hoffnung lässt sich nicht auf eine unbestimmte Zukunft verschieben. Die Orientierung an Keynes meint auch heute, dass über staatliche Programme in die Marktwirtschaft eingegriffen wird, um ökonomische Krisen, die der Kapitalismus immer wieder erzeugt, abzumildern. Aber angesichts der ökologischen Krise kann es nicht mehr um Wachstum an sich, um Wachstum ohne Richtung gehen, das allein von Interessen privater Investoren bestimmt wird. Wachstum kann heute nur als gerichtetes, qualitatives, nachhaltiges Wachstum gedacht werden.

5. Nord-Süd – globale Armut

Die Sozialistische Linke bleibt nicht bei den Klassikern stehen, sondern verfolgt auch andere Diskussionen, um daraus Ziele und politische Perspektiven zu entwickeln. Nicht mehr ganz neu, aber wieder intensiv diskutiert werden die Fragen nach der sozialen und nicht zuletzt auch ökologischen Situation im globalen Süden. In großen Teilen der Welt herrscht – oft neben obszönem Reichtum – bittere Armut. Nicht alle Menschen haben Zugang zu sauberem Wasser oder sanitären Anlagen. Und auch der Hunger ist längst nicht ausgerottet, obwohl dies mit einer besseren Verteilung des Reichtums wohl unproblematisch möglich wäre. Die UNO einigte sich 2015 auf 17 SDGs (Sustainable Development Goals – Nachhaltigkeitsziele). Man nahm sich vor, bis 2030 unter anderem extreme Armut, Hunger und Kindersterblichkeit zu überwinden, allen eine Schulbildung zu ermöglichen, die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Die Zwischenbilanz sieht eher ernüchternd aus, obwohl wegen des steigenden Lebensstandards in China auch Fortschritte bei Hunger und Armut gemacht worden sind. Aber andere Länder sind abgehängt und in bestimmten Bereichen gibt es sogar wieder Rückschritte. Die UNO meldet im Bericht 2024 zur Verwirklichung der Ziele: „Nur 17 Prozent der SDG-Zielvorgaben sind auf Kurs, bei fast

der Hälfte sind nur minimale oder moderate Fortschritte zu verzeichnen, und bei mehr als einem Drittel sind keine Fortschritte oder sogar Rückschritte zu beobachten. Den Ergebnissen zufolge lebten 2022 23 Millionen Menschen mehr in extremer Armut als 2019, über 100 Millionen mehr litten Hunger.“¹⁶ Und die Welthungerhilfe meldet für 2024, dass 733 Millionen Menschen an chronischem Hunger leiden. Seit 2019 sei die Zahl um 152 Millionen gestiegen.

Eine Änderung der Welthandels- und Finanzordnung ist deshalb erforderlich. Allerdings fehlen auch von links ausreichende Analysen der Ursachen und möglichen Wege. Die Diskussion um Neokolonialismus ist nicht besonders hilfreich, weil sie auf der Oberfläche bleibt und in bestimmten Punkten eher eine begriffliche Verwirrung erzeugt als Erkenntnisse. Um intervenieren zu können, ist es notwendig, die moralische Empörung über Ausbeutung von Mensch und Natur zu nutzen, um Ursachen und Wirkungen zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Beobachten lässt sich, dass linke Regierungen, sofern „der Westen“ sie duldet und nicht wegputscht (Chile, Granada) oder subversiv delegitimiert (Nikaragua, Bolivien), gegen den Weltmarkt meist wenig ausrichten können und aufgrund von Schulden, Kapitalflucht, Inflation und anderen wirtschaftlichen Problemen recht schnell in Schwierigkeiten geraten und abgewählt werden. Die von Linken immer wieder gehegte Hoffnung auf sozialistische Fortschritte im globalen Süden, insbesondere in Lateinamerika, erwies sich bisher als Strohfeuer, das schnell erlosch. Die Abschottung und selektive Nutzung des Weltmarktes hat dagegen in einigen Ländern Entwicklungsschübe gebracht. Zuerst ist dabei an China zu denken, aber auch marktkapitalistische Staaten wie Südkorea, Taiwan oder Singapur konnten so Entwicklungssprünge machen, die allerdings nicht in allen Fällen nachhaltig waren. Voraussetzung ist allerdings – wie bei China – eine ausreichende Größe oder die eher zufällige Nichtbeachtung durch die kapitalistischen Zentren, weil sie nicht als Konkurrenten oder Systemgegner gelten.

Bei den meisten Staaten bleibt die Abhängigkeit von der Währung des Nordens und neben der Bereicherung durch einheimische Potentaten der Transfer von Gewinnen aus dem Süden in den Norden ein Problem. Auch wenn Entwicklungshilfe für das Kapital des Nordens oft vergoldet wurde, ist es der falsche Weg, die Ausgaben dort zu reduzieren, während die Gelder gleichzeitig in die militärische Aufrüstung gesteckt werden. Darüber

¹⁶ <https://www.2030agenda.de/de/article/sdg-bericht-der-vereinten-nationen-2024>.

hinaus geht es darum, eine Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, in welcher der Reichtum nicht aus dem globalen Süden in den Norden transferiert wird und in welcher der Süden eine Chance hat, demokratisch über eine eigenständige Entwicklung zu entscheiden. Dazu sind weder eine Freihandelsordnung geeignet, welche i.d.R. die starken Ökonomien bevorzugt, noch eine Abschottungspolitik der reichen Staaten, um den eigenen Vorteil zu mehren, wie Trump sie betreibt. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung muss sich entwickelnde Industrien im globalen Süden schützen und gleichzeitig die Märkte des Nordens für den Süden öffnen.

6. Ökologie

Schon 1974 formulierte die „Grande Dame“ der US-amerikanischen SF-Literatur, Ursula Le Guin, zur Zukunft des Planeten Erde: „Meine Welt, die Erde, ist ein Trümmerfeld. Ein durch die Spezies Mensch zerstörter Planet. Wir haben uns vermehrt und bekriegt, wir haben gefressen, bis nichts mehr übrig war, und dann sind wir gestorben. Wir haben weder Appetit noch Gewalt gebändigt; wir haben uns nicht angepasst. Wir haben uns selbst vernichtet. Aber vorher haben wir die Welt vernichtet. Auf meiner Erde gibt es keine Wälder mehr. Die Luft ist grau, der Himmel ist grau. Es ist immer heiß. Sie ist bewohnbar, sie ist immer noch bewohnbar, aber nicht so wie diese Welt. Dies ist eine lebendige Welt, eine Harmonie. Meine ist ein Misston.“¹⁷ Zwei Jahre vorher, also 1972 erschien der erste Bericht an den Club of Rome unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ und wirkte wie ein Weckruf. Der Bericht hat darauf hingewiesen, dass ein „Weiter-So“ beim Wirtschaftswachstum unweigerlich zu einer Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen, zu einem Kollaps des Systems führe. Eindringlich wurde gewarnt: „Wenn die Menschheit wartet, bis die Belastungen und Zwänge offen zutage treten, hat sie – wegen der zeitlichen Verzögerungen im System – zu lange gewartet.“¹⁸

Pessimisten würden sagen: „Wir haben zu lange gewartet“ und tatsächlich erscheint der Klimawandel unaufhaltsam und dürfte fatale Folgen für die Menschheit mit sich bringen. Darüber vergessen wird, dass die ökologischen Zustände auch in anderen Bereichen beklagenswert sind und ein Fortschreiben der Entwicklung ähnliche Katastrophen zeitigen könnte wie der Klimawandel. Man denke an die Vermüllung von Land und Wasser mit Plastik oder an das Artensterben. Im Durchschnitt nimmt jeder Mensch pro Woche eine Plastik-Bankkarte durch Mikroplastik über die Nahrung auf. Die Fakten müssen hier

¹⁷ Le Guin, Ursula, Freie Geister (Frankfurt/M. 2025). S. 381 f.

¹⁸ Meadows, Dennis, u. a.: Die Grenzen des Wachstums (Stuttgart 1972), S. 164.

nicht weiter aufgezählt werden, sie sind weitgehend bekannt. Aber die sozialistische Position bleibt trotz der ungeheuren Destruktivität des Kapitalismus optimistisch und kämpft für ein Umsteuern in Richtung einer ökologischen Wirtschaft, aber die kann nicht kapitalistisch sein. Denn der Kapitalismus unterliegt gesetzmäßig einem Wachstumszwang, der unkontrolliert und ungesteuert über den Markt zur Zerstörung der natürlichen Umwelt führen muss. Die sozialistische Bewegung verbindet die soziale Frage, die Frage von Gerechtigkeit und Gleichheit mit der ökologischen Frage und tritt ein für eine gesellschaftliche, demokratische Steuerung der Wirtschaft, um diese Probleme von Grund auf anzugehen. Dabei muss es hier, im globalen Norden, um eine Umsteuerung zu einer ökologischen Wirtschaft gehen. Wachsen kann die ökologische Wirtschaft, aber nicht der Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig braucht es eine Umverteilung, um erstens den Ressourcenverbrauch „oben“, bei den Reichen zu minimieren und zweitens damit die Umsteuerung nicht den Lebensstandard der „unten“, der Armen weiter reduziert. Die ökologische Transformation kann nur als soziale Transformation stattfinden oder sie findet nicht statt.

III. Kapitalismus im Wandel

1. Gesichter des Kapitalismus

Todgesagte leben länger – Marx und Engels erwarteten, dass der Kapitalismus zu ihren Lebzeiten revolutionär überwunden werde. Das war ein Irrtum. Das System hat eine Widerstands- und Anpassungsfähigkeit – heute sagt man Resilienz – entwickelt, die ihm am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts niemand zugetraut hätte. Noch in den 1970er Jahren veröffentlichte Habermas ein Buch mit dem Titel „Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus“. Schon der Titel enthielt zwei Irrtümer: Erstens lässt sich 50 Jahre später sagen: Das war nicht der Spätkapitalismus. Zweitens hatte das System in den 1970er Jahren vergleichsweise wenig Legitimationsprobleme, vielmehr wurden hohe Zustimmungswerte eingefahren. Heute erwächst die Zustimmung eher aus Resignation, denn: Alternativen scheint es nicht zu geben.

Woher kommt die Resilienz? Das marktwirtschaftliche System, der Kapitalismus, hatte im Verlaufe seiner Geschichte unterschiedliche Gesichter oder unterschiedliche Ausprägungen, die jedoch seine Substanz unberührt ließen, nämlich die Verwertung von Wert unter Konkurrenzbedingungen. Mit dem Wechsel des Gesichtes sind Verschiebungen innerhalb der Produktionsverhältnisse gemeint, die zu neuen Formen dominanter Akkumulation, also von Wirtschafts- oder Betriebsweisen, d.h. zu neuen Formen, wie

Kapital verwertet und akkumuliert wird, ebenso führen wie zu veränderten gesellschaftlichen Beziehungen und Rechtsverhältnissen. Krisen wurden produktiv verarbeitet und Kritik adaptiert. Selbst die Punk-Bewegung wurde von der Modeindustrie aufgesogen. So konnte der Kapitalismus, indem er sein Gesicht änderte, überleben und oft gestärkt aus den Krisen hervorgehen. Nicht nur das, er konnte sogar seine Logik territorial oder systemisch weiter ausdehnen.

Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass sich die unterschiedlichen Gesichter des Kapitalismus in der Regel nur im Rückblick bestimmen, d.h. begrifflich fassen lassen und die Bewertungen umstritten sind. Marx formulierte dies so: „Die Umwälzung der gesellschaftlichen Betriebsweise, dies notwendige Produkt der Umwandlung des Produktionsmittels, vollzieht sich in einem bunten Wirrwarr von Übergangsformen.“¹⁹ Das Wirrwarr der Entwicklung und im Kopf der Beobachtenden entsteht erst recht mit Blick auf die Zukunft, also für die Frage, ob es gelingt, den Kapitalismus so weiterzuentwickeln, dass die gegenwärtigen Krisen produktiv verarbeitet werden und sich ein neues Gesicht dieser Gesellschaftsformation herausbildet. Bei der zeitlichen Abgrenzung ist darauf hinzuweisen, dass sich Gesellschaften immer ungleichzeitig entwickeln und ändern: Alte Elemente sind noch im Neuen und neue Elemente sind schon im Alten zu finden. Die zeitliche Einteilung ist nie exakt und Überschneidungen sind immer vorhanden.

Fordismus und Neoliberalismus sind zwei dieser Gesichter, mit denen auf Krisenprozesse innerhalb der kapitalistischen Zentren, also Europa und den USA, geantwortet wurde. Als Fordismus wird – für die Bundesrepublik – die Periode zwischen den 1950er Jahren bis in die späten 1970er Jahre bezeichnet. In den USA wird schon ab den 1920er Jahren und ausgeprägter für die Periode nach der großen Wirtschaftskrise von 1929 von einer fordistischen Phase gesprochen. Die Bezeichnung „Fordismus“ geht – das ist offensichtlich – auf Henry Ford zurück. Ford entwickelte das System der innerbetrieblichen Arbeitsteilung, den Taylorismus, insbesondere durch das Fließband weiter, welches eine aufwendige Zeiterfassung erübrigte. Mit seiner arbeitsteiligen, automatisierten Produktion am Fließband gelang es Ford, ein Luxusgut wie das Automobil zur Massenware werden zu lassen. Damit sind zwei wichtige Merkmale der Epoche benannt, die das fordistische Gesicht des Kapitalismus charakterisierten, nämlich die standardisierte

¹⁹ Marx, K., Kapital I, MEW 23, S. 496.

Massenproduktion und der Massenkonsum. Der Fordismus war die Zeit der normalisierten Massengesellschaft. Leitbild war der Otto-Normalverbraucher, der diszipliniert seiner Arbeit nachging. Geprägt war die Zeit durch Massenorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine.

Ronald Reagan wurde 1981 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Dem ehemaligen Schauspieler traute man nicht viel zu, aber es kam anders. Zusammen mit seiner Freundin im Geiste, Margret Thatcher, die zwei Jahre zuvor Premierministerin in Großbritannien geworden war, änderte er das Gesicht des Kapitalismus. Es setzte sich schließlich auch in Europa und der Bundesrepublik – insbesondere in den Regierungsjahren von Schröder und Fischer – eine Form des Kapitalismus durch, die meist als neoliberal bezeichnet wird. Wissenschaftlicher formuliert: Das alte fordistische Akkumulationsmodell, das sozialstaatliche Absicherungen mit Massenproduktion und Massengesellschaft verband, wurde abgelöst vom neoliberalen. Die Massengesellschaft löste sich auf, was als Individualisierung gefeiert wurde. Aber es war eine Form der Atomisierung, die Thatcher mit dem bekannten Wort auf den Punkt brachte: „Who is society? There is no such thing! There are individual men and women and there are families.“²⁰ Inzwischen wird die Atomisierung der Gesellschaft als Vereinsamung erkannt und in dieser ein Grund für den Aufstieg rechtsextremer Parteien im gesamten „Westen“ gesehen.

Das neoliberale Gesicht des Kapitalismus wird nicht selten mit dem Slogan „Mehr Markt, weniger Staat.“ oder „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ verbunden – und das zu Recht. Privatisierung war offensichtlich ein Kernelement des neoliberalen Umbaus des fordistischen Modells. Die Privatisierungswelle, die in den 1980er Jahren mit dem Amtsantritt Maggy Thatchers in Großbritannien einsetzte, wird interpretiert als „Akkumulation durch Enteignung“ oder als „innere Landnahme“ des Kapitals. Gemeint ist, dass dem Kapital mit der Privatisierung neue Anlagemöglichkeiten eröffnet wurden, mit denen die Überakkumulation des Fordismus, also die „Profitklemme“ der 1970er Jahre, überwunden werden sollte.

Ein weiteres ideologisches Element des Neoliberalismus ist die Propagierung von Entbürokratisierung, die kritisch als Deregulierung insbesondere der Arbeitsbeziehungen

²⁰

Zitiert nach: <https://newlearningonline.com/new-learning/chapter-4/neoliberalism-more-recent-times/margaret-thatcher-theres-no-such-thing-as-society>.

bezeichnet wird. Die Öffnung der Leih- oder Zeitarbeit, Änderungen im Streik- und Kündigungsschutzrecht, insbesondere durch erweiterte Möglichkeiten der Befristung sind Beispiele für Formen der Deregulierung der industriellen Beziehungen.

Der Begriff der Finanzialisierung bezeichnet Prozesse gesellschaftlichen Wandels, der durch die zunehmende Bedeutung der Kredit- und Kapitalmärkte auch jenseits des Finanzsystems zu charakterisieren ist. Die Finanzmärkte dehnten sich – ermuntert durch Deregulierung – ungeheuer aus. Die Aktienmärkte boomten und „der Finanzmarkt“ bekam einen Subjektcharakter und ungeheure Macht. Voraussetzung waren „offene“ Finanzmärkte und die Beseitigung des Verbots bestimmter Finanzgeschäfte wie z.B. Leerverkäufen oder von Hedge-Fonds. Ein solches Modell der Ökonomie führt zu einer Umverteilung von Reichtum zugunsten der Finanzindustrie, weil die hohen Gewinne nicht nur virtuell sind, sondern eingelöst werden können. Im Vergleich zum fordistischen Modell hat insgesamt eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. Dabei wurde die Schaffung von Reichtum durch Finanzmarktspekulationen, die Vermehrung des Reichtums ohne Produktion als Voodoo-Ökonomie bezeichnet. Andere sprachen vom „Kasino-Kapitalismus“ – auf den Finanzmärkten spekulieren Spieler mit ungeheuer großen Summen auf kleine Gewinnmargen. Von der realen Produktion hat sich diese Form der Spekulation und Geldvermehrung weitgehend abgekoppelt. Und die Macht der Finanzmärkte ist keineswegs gebrochen.

Zur neoliberalen Periode des Kapitalismus gehört die Globalisierung. Globalisierung bezeichnet zunächst das enorme Anwachsen internationaler Handelsströme, also des Warenhandels, aber auch des Handels mit Dienstleistungen einschließlich von Finanzprodukten. Daneben wird die Zunahme von Direktinvestitionen in andere Staaten der Globalisierung subsumiert. Die Globalisierung ist allgemeines Kennzeichen des Kapitalismus und verlief in Wellen, d.h. mit Auf- und Abs. Die dritte Welle der Globalisierung begann in den 1980er Jahren und wurde beschleunigt durch die Entwicklung eines neuen Handelsregimes, das der Theorie des Freihandels folgte. Man berief sich auf David Ricardo. Die Globalisierung ist einerseits Folge der immanenten Logik der kapitalistischen Produktionsweise, expandieren zu müssen. Kapital muss sich verwerten, was die Erweiterung und Produktion auf immer höherer Stufenleiter zur Folge hat. Das schafft den „Hunger“ nach neuen Rohstoffquellen und Absatzmärkten und bisweilen nach neuen Arbeitskräftereservoirs. Voraussetzungen des Welthandels, also der Globalisierung, sind damals wie heute entsprechende technische Veränderung, die Be-

beschleunigung der Kommunikation und der Transportwege. Die Globalisierung in der neoliberalen Periode hat eine weitere Voraussetzung, die sie von früheren Formen unterscheidet, nämlich dass die „politischen Rahmenbedingungen“ geschaffen wurden, also durch Deregulierung der Waren- und Kapitalexport erleichtert wurde. Im neoliberalen Kapitalismus ist genau dies geschehen, nämlich durch WTO und bi- oder multilaterale Freihandelsabkommen.

2. Die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus verblasst

Die Welt hat sich verändert. Der Neoliberalismus hat inzwischen an Kraft und ideologischer Ausstrahlungswirkung verloren. Die Krise 2007-2012 (Finanz-, Wirtschafts-, Griechenland- und Eurokrise) versetzte der neoliberalen Ideologie einen herben Schlag. Es wurde offensichtlich, dass die Finanzmärkte zu mächtig geworden waren. Das undurchschaubare System der Spekulation hatte das kapitalistische System beinahe in den Abgrund geführt. Am Horizont erschien nicht nur der Bankrott einzelner Länder, sondern auch der Zusammenbruch des Euro-Systems. Nach der Finanzkrise wurden neue Regularien für die Finanzmärkte geschaffen. Diese allerdings blieben innerhalb der Logik der weltweiten Finanzspekulation, nur die Risiken sollten gemindert werden, indem beispielsweise die Eigenkapitalquoten von Banken erhöht wurden. Was nicht gelang, war der Ausstieg aus dem Kasino, nicht einmal die Rückkehr zur Trennung von Sparergeschäft und Spekulation, das System der Trennbanken, wurde erreicht. Was auch nicht gelang, war das Verbot hochriskanter Spekulationen wie der Leerverkäufe oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mit der Besteuerung aller Finanzgeschäfte würde viel Geld in die Staatskassen gespült, aber die Macht der Banken war zu groß. Dennoch war die Deregulierung und weitere Globalisierung der Finanzmärkte zunächst gestoppt. Die Finanzialisierung als ein Merkmal des Neoliberalismus erhielt zumindest eine Delle.

Der Neoliberalismus propagierte die Ansicht, dass Marktgesetze, wenn sie denn uneinflusst von staatlichen Interventionen blieben, zu allgemeinem Wohlstand und Stabilität führten. Diese Ideologie wurde genutzt, um – wie erwähnt – öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und in anderen Bereichen zu deregulieren, also gesetzliche Vorschriften zu reduzieren. Die Privatisierung hatte zur Folge, dass die ehemals öffentlichen Leistungen streng reguliert werden mussten, um z.B. zu gewährleisten, dass die Stromversorgung überall funktioniert. Aber die Erfahrungen mit den privatisierten Dienstleistungen waren eher ernüchternd. Statt mehr Wettbewerb wurde der Strom-

markt weiter konzentriert und der Stromhandel an der Börse führt nicht etwa zu niedrigeren, sondern zu höheren Preisen. Die Bahn wurde zwar nur formal privatisiert. Sie blieb im Staatseigentum, aber wurde von der staatlichen Dienstleistung auf Wettbewerb und den Versuch umgestellt, Gewinn zu erzielen. Das ist gründlich in die Hose gegangen – das funktionierende System Bahn wurde an die Wand gefahren. So wird die Überzeugung, dass „der Markt“ es richten werde, nur noch begrenzt geteilt. Der Staat ist zurück und selbst die auf eine neoliberale Politik verpflichtete EU betreibt Industriepolitik. Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Schwenk leistete die Klimakrise.

Die Globalisierung hat mit Trump, der Konkurrenz mit China und nicht zuletzt mit Corona an Dynamik verloren oder wurde zurückgedrängt. Auf der Tagesordnung stehen Resilienz, Souveränität und Autarkie. Statt Zollabbau, wie es Programm und Praxis der WTO war, wird allenthalben über neue Zölle diskutiert. Die WTO ist zu einer leeren Hülle geworden und Freihandelsverträge werden zu Deals mit offenem Erpressungspotenzial.

Die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur ist an ein Ende gekommen, nicht zuletzt aufgrund des anhaltenden Widerstands der gesellschaftlichen Linken und weil sich die Einsicht durchsetzte, dass eine unzureichende öffentliche Infrastruktur am Ende auch „der Wirtschaft“ schadet, also Wachstum bremst und die Rendite schmälert. Eine marode Infrastruktur führt zu Verspätungen, Ausfällen und missglückter Planung, welche die ökonomische Effizienz unterminiert. Das hat sich inzwischen herumgesprochen. Der Staat ist zurück in der Verantwortung.

3. Weltpolitische Ausgangslage

Die Welt befindet sich in einer Umbruchphase oder an einem Scheideweg. Auch das wurde in einem Strategiepapier der SL-NRW aus dem Jahr 2024 diagnostiziert: „Wir leben in einer Zeit der Multipolarität und neuer machtpolitischer Konkurrenz: Gleichzeitig registrieren wir Umbrüche in der Geopolitik. Das Ende der Geschichte und die Unipolarität, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satelliten erhofft oder erwartet wurden, sind nicht eingetreten. Die VR China ist zu einer ökonomischen und politischen Weltmacht geworden, die USA fürchten um ihre Vormachtstellung; Russland möchte sich nicht mit einer drittklassigen Lage abfinden, und die EU befindet sich in mehr oder minder starker ökonomischer Konkurrenz mit diesen Mächten, wobei bisher nur die Konkurrenz mit Russland als militärische Konfrontation stattfindet.“²¹ Das

²¹ <https://nrw.sozialistische-linke.de/2024/09/18/zur-strategie-der-linken-wie-weiter/>.

von Fukuyama ersehnte „Ende der Geschichte“²² durch den Sieg des Kapitalismus oder des „Westens“ ist nicht eingetreten. Die Vormachtstellung des Westens und insbesondere der USA ist bedroht. Der Kapitalismus, den Fukuyama mit der liberalen Demokratie gleichsetzte, hat zwar vorläufig gesiegt, aber auf Kosten der liberalen Demokratie. Und gleichzeitig erwächst aus der ökonomischen Konkurrenz eine neue politische Feindschaft und damit neue weltpolitische Konflikte. China ist von der verlängerten Werkbank und einem bitterarmen Land aufgestiegen zum Exportweltmeister und zu einer der größten ökonomischen Mächte der Welt. Die USA sehen ihre Vormachtstellung bedroht und verfolgen spätestens seit Obama eine Strategie der Hinwendung nach Asien („Pivot to Asia“). Das bedeutet, dass versucht wird, China einzudämmen, ökonomisch unabhängig von China zu bleiben und dessen Entwicklung zu behindern. Es bedeutet zweitens, China militärisch und politisch zu dominieren. Der Konflikt um Taiwan spiegelt diese Konkurrenzsituation wider, die immer auf der Schwelle zu kriegesischen Konflikten steht. Dabei geht es nicht zuletzt um Zugang zu ökonomischen Ressourcen – Taiwan ist einer der wichtigsten Hersteller von Computer-Chips weltweit. Umgekehrt versucht China mit der Seidenstraßen-Initiative seinen Einfluss weltweit auszubauen und mit der Wirtschaftsstrategie „Made in China 2025“ ökonomisch autonom zu werden.²³

Wie das polit-ökonomische System in China zu charakterisieren ist, bleibt umstritten. Die einen sprechen von „Staatskapitalismus“, weil zwar große Bereiche der Ökonomie nach konkurrenzkapitalistischen Prinzipien organisiert sind, also privatwirtschaftlich arbeiten. Dennoch bleibt der Bereich der staatlichen Wirtschaft bedeutend und der lange Arm von Partei und Staat reicht auch in die Privatwirtschaft. Andere sprechen von einem „staatlich durchdrungenen Kapitalismus“, von einem „autoritären Staatskapitalismus“, einem „postsozialistischen System mit autoritären Zügen“ oder einem „kapitalistischen Sozialismus“. Die KP-Chinas hingegen spricht von „Sozialismus mit chinesischer Besonderheit“.²⁴ Vom „westlichen“ Kapitalismus unterscheidet sich China deutlich durch die zentrale Rolle des Staates in der Ökonomie, was die Steuerung wirtschaftlicher Entwicklungen insgesamt wie auch die Bedeutung des öffentlichen Sektors betrifft. Man kann

²² Fukuyama, Francis, Das Ende der Geschichte (Hamburg 1992).

²³ <https://www.merkur.de/wirtschaft/china-schmiedet-schlachtplan-fuer-konflikt-mit-den-usa-mit-auswirkungen-auf-deutschland-zr-93774508.html>; <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/die-geoökonomie-der-usa-globales-wettrennen-gegen-china#:~:text=Die%20USA%20versuchen%20zu%20verhindern%20dass%20China,StProzentC3ProzentA4rke%20seines%20Milit%20sowieProzent20seine%20nationalistische%20Wirtschaftspolitik..>

²⁴ Wemheuer, Felix, Chinas große Umwälzung (Köln 2022), S. 219 f.

nun darüber streiten, ob diese Form der gemischten Ökonomie post- oder präkapitalistisch ist. Die autoritäre Einparteiherrschaft schließt es jedenfalls aus, von einem sozialistischen System zu sprechen.

Auch der Ukrainekrieg ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund ökonomischer Interessen zu verstehen. Russlands Wirtschaft basiert zentral auf dem Export fossiler Rohstoffe, also Gas und Öl. Das Geschäft könnte mit der ökologischen Wende problematischer werden, also versucht die russische Regierung zu diversifizieren und setzt auf Rohstoffe, die für die Digitalisierung und den ökologischen Umbau der Wirtschaft erforderlich sind und auf eine Umstellung der Wirtschaft zu autarker Produktion. In der Ukraine gibt es eine Reihe fossiler und seltener Rohstoffe u.a. seltene Erden, die für den Westen wie für Russland relevant sind.²⁵ So folgert ein Autorenteam der BpB: „Ein großer Teil dieser Bodenschätze, allen voran Kohle und Gas, sowie große Anteile von metallischen Rohstoffen, befindet sich in derzeit russisch annektierten oder besetzten oder in ukrainisch kontrollierten, aber durch Kriegseinwirkung gefährdeten Gebieten.“²⁶ Umgekehrt lässt sich so auch das Interesse der EU an einem Siegfrieden über Russland erklären. Trump hat sehr deutlich gemacht, worum es geht und die Regierung der Ukraine zu einem Deal erpresst: Ihm geht es um die Ausbeutung der Rohstoffe durch US-amerikanische Firmen.

Aber selbstverständlich sind es nicht nur direkte ökonomische Interessen, welche die Kriegsgefahr erhöhen. Hinzu kommen immer ideologische Rechtfertigungen, die sich verselbständigen. Meist werden sie gespeist vom Nationalstolz, ob nun MAGA oder großrussisches Reich, realen oder imaginierten Bedrohungslagen und sonstigen „geopolitischen Interessen“. Das Problem dieser Konfliktlage ist offensichtlich: Die Welt war vermutlich lange nicht so nahe an einem Flächenbrand mit der Gefahr der Selbstvernichtung wie heute. Kriegerische Auseinandersetzungen gab es seit dem Zweiten Weltkrieg zuhauf, oft waren auch die Großmächte USA und UdSSR involviert, aber man beließ es bei Stellvertreterkriegen. Nun stehen sich die Großmächte erstmals direkt gegenüber.

²⁵ <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/546618/analyse-die-rohstoffe-der-ukraine-und-ihre-strategische-bedeutung/>.

²⁶ <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/546618/analyse-die-rohstoffe-der-ukraine-und-ihre-strategische-bedeutung/>.

Für Linke stellt sich in dieser Situation ein doppeltes Problem: Einerseits sollten sie eintreten für friedliche Kooperationen, vertragliche Bindungen und sie sollten das internationale Recht stärken. Es gilt eine internationale Rechtsordnung herzustellen und zu verteidigen. Das ist angesichts des Ausstiegs von Russland und den USA aus dem internationalen Recht und der internationalen Ordnung keineswegs banal. Die USA sind aus dem Klimaschutzabkommen ausgestiegen, haben sich dem internationalen Strafgerichtshof nicht unterworfen und kündigen ihre finanzielle Unterstützung für eine Reihe von UNO-Organisationen. Russland und die USA haben Rüstungsabkommen gekündigt und Russland setzt in den ehemaligen Teilrepubliken der UdSSR seine Interessen im Zweifel auch mit Gewalt durch, was nicht nur für den Angriff auf die Ukraine gilt. Das Beharren und Eintreten für eine internationale Rechtsordnung ist in dieser Situation zwingend geboten, um zu verhindern, dass der längst nicht mehr nur kalte Krieg nicht in einen Flächenbrand und einen Vernichtungskrieg, der die Welt zerstört, umschlägt.

Die UNO-Charta und das Verbot der Gewaltanwendung außer zur Selbstverteidigung müssen in dieser Situation eingefordert und verteidigt werden. Die UNO selbst allerdings sollte reformiert werden. Die Dominanz des Nordwestens, insbesondere durch Vetopositionen im Sicherheitsrat ist nicht zu rechtfertigen und aus der Zeit gefallen. Der globale Süden muss ein größeres Gewicht in der UNO erhalten. Deutschland hat dagegen im Sicherheitsrat als ständiges Mitglied nichts verloren.

4. Grüner Kapitalismus?

Der Kapitalismus befindet sich in einer Zangenkrise: Ökonomisches Wachstum geht zu Lasten ökologischer Grundlagen und dennoch ist die Lebenslage vieler Menschen, insbesondere im globalen Süden, derart katastrophal, dass weiteres Wachstum erforderlich ist. Als Alternative zeichnete sich der Weg in einen „grünen Kapitalismus“ ab – wie widersprüchlich und inkonsequent dieser auch immer sein kann.

Die EU hat versucht, mit dem Green Deal das neoliberale Politikmodell in Teilen hinter sich zu lassen. Zu Recht wurde die Verfassung der EU als marktradikal beschrieben. Sie legt sich explizit fest auf eine Wirtschaftspolitik „im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird“ (Art. 120 AEUV). Dieser Grundsatz wird durchdekliniert, etwa durch die Grundfreiheiten, den Vorrang der Preisstabilität, das Beihilfeverbot, Privatisierungsgebote, Verschuldensobergrenzen für die Mitgliedstaaten und das Kreditverbot für den EU-Haushalt. Von diesen vertraglichen Festlegungen weicht die EU gegenwärtig in größerem Umfang ab.

Der Spurwechsel erfolgte durch einen Politikwechsel sowohl im sozialen wie im ökologischen Bereich. Für das Programm eines sozialen Politikwechsels steht die Säule sozialer Rechte (ESSR), die in kleineren Schritten zu sozialen Verbesserungen geführt hat, wie die Beispiele Entsenderichtlinie oder Mindestlohnrichtlinie demonstrieren. Gleichzeitig änderte der Europäische Gerichtshof seine marktradikale Rechtsprechung und stärkte beispielsweise die Mitbestimmung der Gewerkschaften im Aufsichtsrat von Unternehmen. Für die ökologische Transformation stehen als Programm der „Green Deal“ (2019) und die Zielbestimmungen in „Fit for 55“ (2021). In diesem Bereich gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen der EU, um zu einem grünen Kapitalismus zu gelangen. Dazu gehören die Ausweitung und Effektivierung des Emissionshandels einschließlich eines Grenzausgleichssystems, die großzügige Zulassung der Subventionierung von ökologischen Umbaumaßnahmen, die Verbindung des Corona-Wiederaufbaufonds mit ökologischen Investitionen, die Errichtung eines Klima-Sozialfonds, die Änderung des Naturschutzrechts mit Verpflichtungen zu Renaturierungsmaßnahmen sowie Rechtsakte zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz.

Im Hintergrund steht die globale Konkurrenz mit China, das mit staatlichen Eingriffen und staatlicher Steuerung offenbar ein höheres Innovations- und auch Wachstumspotenzial entwickelt als marktgesteuerte Ökonomien. Das Konkurrenzverhältnis besteht aber auch zu den USA, und es hatte durch das massive Subventionsprogramm für die US-Wirtschaft, den „Inflation Reduction Act“ der Regierung Biden, neue Dimensionen erhalten. Zu konstatieren sind außerdem Legitimationsverluste der EU und der Mitgliedstaaten, die durch zunehmende Ungleichheit und Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche hervorgerufen werden und sich im Zulauf rechter Parteien äußern.

Inzwischen hat sich die Lage stark verändert. Schon aus den EU-Wahlen 2024 ging die extreme Rechte deutlich gestärkt hervor, während Linke, Sozialdemokratie und Grüne geschwächt wurden. Gleichzeitig gab es einen Aufstand vor allem der Bauern gegen den Green Deal der EU. Die Kommission ist deshalb zurückgerudert. Gesetze wurden abgeschwächt, zurückgenommen oder konterkariert und es wird selbst zum Angriff auf die – zunächst abstrakten – Klimaziele geblasen. Die EU steuert um, nämlich auf Wettbewerbs- und Verteidigungsfähigkeit. Gesetzliche Vorhaben zur Umsetzung des Green Deals wurden fallengelassen, andere mit der Begründung, Bürokratie zu reduzieren,

verwässert.²⁷ Wettbewerbsfähigkeit, das wird deutlich, meint den Abbau von sozialer und ökologischer Regulierung. Ähnliches vollzieht sich in der Bundesrepublik unter der Merz-Regierung. Der ökologische Umbau, Maßnahmen gegen den Klimawandel und selbst die Umstellung auf regenerative Energie wurden beiseitegeschoben. Kurz: der Weg in ein postneoliberales, grünes Akkumulationsregime wurde mehr oder weniger aufgegeben.

5. Neuer Rüstungskapitalismus

Geeinigt hat man sich innerhalb der Nato auf ein neues Rüstungsprogramm. Anvisiert wird 5 Prozent des BIP auf unabsehbare Zeit in die Rüstung zu stecken. Das würde, wenn man die Entwicklung fortschreibt, bedeuten, dass fast die Hälfte des Bundeshaushaltes für Rüstung ausgegeben wird. Im Jahre 2024 waren es ca. 10 Prozent und ein Prozent des BIP. Die Bedrohungslage durch das autoritäre Regime in Russland wird unterschiedlich beurteilt, aber ein neues Wettrüsten kann nicht die Lösung sein, insbesondere wenn nicht die Verteidigungsfähigkeit Ziel der Rüstung ist, was eine Analyse von Lücken und eigenen Fähigkeiten wie denjenigen des potenziellen Gegners voraussetzen würde. Das Ziel wird dagegen abstrakt bestimmt, d.h. quantitativ als Anteil vom BIP und ohne einen Vergleich mit den Rüstungsausgaben der potenziellen Gegner. Die Verteidigungsfähigkeit ist ein akzeptables Ziel, aber nicht Gegenstand der dominierenden Diskurse und Politik. Die Sozialistische Linke plädiert für diplomatische Bemühungen, um den Krieg und das Sterben in der Ukraine zu beenden und um eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu schaffen.

Die sozialistische Linke verurteilt die Anstrengungen der NATO für eine gigantomani-sche Aufrüstung und fürchtet einen neuen Rüstungswettlauf, der zwingend zu Lasten der Ökologie und der Bevölkerung gehen muss. Die EU veranschaulicht diese Umverteilung: Im mehrjährigen Haushaltsplan werden neue Milliarden für die Aufrüstung eingeplant, die bei Ökologie, z.B. bei den Subventionen für umweltgerechte Landwirtschaft, und beim Sozialen, d.h. beim Sozialfond und beim Kohäsionsfond eingespart werden sollen – schlecht kaschiert durch die Zusammenlegung der Töpfe. „Die Linke“

²⁷

Das gilt etwa für das Omnibus-gesetz: „Drei maßgebliche Nachhaltigkeitsgesetze sind vom Omnibus-Verfahren betroffen: das EU-Lieferkettengesetz (CSDDD), die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und die EU-Taxonomie (eine Verordnung, um nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten innerhalb der EU zu klassifizieren). Alle drei Gesetze gelten als Meilensteine, um Unternehmen zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten im Rahmen ihrer internationalen Geschäftstätigkeit zu verpflichten.“ <https://www.forum-fairer-handel.de/blog/artikel/omnibus-verfahren-bedroht-nachhaltigkeitsgesetze>.

tritt weiter ein für andere, zivile Formen der Konfliktlösung und der Nutzung aller Möglichkeiten, um Konflikte auf dem Verhandlungswege zu lösen. Und es gilt: „Die Linke steht nicht in einem geopolitischen Lager gegen ein anderes. Dieses Lagerdenken war schon zu Zeiten des Kalten Krieges fragwürdig und ist heute in Zeiten konkurrierender kapitalistischer Mächte erst recht falsch. Linke Solidarität gilt nicht Staaten, sondern den emanzipatorischen Bewegungen, die für demokratische Rechte, Gleichheit und gegen autoritäre und imperialistische Bestrebungen kämpfen.“²⁸

Absehbar ist, dass die erreichte Liberalität der Gesellschaft weiter aufgegeben wird und demokratische Teilhabe an Bedeutung verliert. Kritik wird unerwünscht. Gewinner ist vor allem der militärisch-industrielle Komplex, vor dem schon der US-Präsident Eisenhower warnte. Es ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft mit der Militarisierung in ein altes Freund-Feind-Denken zurückfällt und mit einer verstärkten politischen Repression nach innen verbunden sein wird. Eine rüstungspolitische Zeitenwende dürfte zu einem anderen Akkumulationsmodell und Regulationsregime führen als eine sozial-ökologische Transformation. Spielräume für linke Politik und die Organisation einer solidarischen Gesellschaft gehen mit einer neuen Aufrüstung absehbar verloren. Und es ist wahrscheinlich, dass die Kosten für die Rüstungsanstrengungen von den arbeitenden Menschen bezahlt werden. Im Raum steht eine anti-soziale Transformation mit Kürzungen bei der Rente, den Gesundheitsleistungen und sonstigen staatlichen Hilfsleistungen. Im Unterschied dazu werden Steuern und sonstige Abgaben für „die Wirtschaft“ gesenkt. In der Konsequenz gilt es für linke Politik, alle Ansätze einer ökologisch-sozialen Transformation, einen Green New Deal zu unterstützen und voranzutreiben, wo es möglich ist, über die Grenzen einer marktgesteuerten Ökonomie hinaus.

Die Aufrüstung wird gerechtfertigt mit der Aggressivität Russlands unter Putin. Zum Zwecke der Erhöhung der Militärausgaben auf 5 Prozent des BIP hat der Bundestag die Verfassung geändert und die Kreditobergrenze – euphemistisch Schuldenbremse –, die für den sonstigen Haushalt im Wesentlichen weiter gilt, für Rüstungsausgaben aufgehoben. Das heißt die Aufrüstung wird in großen Teilen über Kredite finanziert. Als positiver Nebeneffekt wird angenommen, dass die Wirtschaft angekurbelt wird und so am Ende die Zinsen für die hohen Militärkredite wieder abbezahlt werden können. Man folgt also implizit einer keynesianischen Vorstellung der Konjunkturbelebung in der Krise,

²⁸ Wolf, Harald, Auf Triggerpunkten tanzen, in: Luxemburg 01/25, S. 96 f.

aber durch einen pervertierten Rüstungskeynesianismus. Von Kritikern wird darauf hingewiesen, dass die kreditfinanzierte Aufrüstung höchst ineffektiv ist und durch zivile Investitionen ein erheblich höherer Effekt für ein Wirtschaftswachstum entstehen könnte. Das ist sicher richtig, bedeutet aber nicht, dass dies nicht als Rüstungs- oder Militärkeynesianismus zu charakterisieren ist.

Die anvisierte Erhöhung der Rüstungsausgaben führt zu einem Boom der Aktienkurse der Rüstungskonzerne und wird die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik mit unabsehbaren Folgen umgestalten. Rüstung ist nie ökologisch und Rüstung ist nie mit sozialen Zielen zu vereinbaren, auch dann nicht, wenn der neue Rüstungskeynesianismus der BRD und der EU zu neuem Wachstum führt, denn dies ist sicher kein ökologisches Wachstum. Die SL wendet sich gegen neue Rüstungsspiralen und tritt stattdessen ein für zivile Investitionen in einen öko-sozialen Umbau der Wirtschaft.

6. Aufstieg der Rechten und Vampirkapitalismus

Der neoliberale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hat bei den Menschen zu Verunsicherung, sozialer Unsicherheit und Vereinzelung geführt. Der Neoliberalismus hat die Voraussetzungen für den Aufstieg der extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Facetten geschaffen. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinandergegangen und neoliberale Regierungen haben den Sozialstaat geschleift. In der Bundesrepublik war es die Regierung Schröder/ Fischer, welche die Arbeitslosenhilfe drastisch auf Hartz IV senkte. Die relative Sicherheit, die auch arbeitslos gewordene Menschen mit dem alten System hatten, ging verloren. Die Abstiegsangst ist zurück, gegenwärtig vor allem die Abstiegsangst der „Arbeiterklasse“, welche diese veranlasst, Zuflucht bei den „guten alten Zeiten“, einfachen Rezepten und dem „starken Mann“ zu suchen.

Neben die soziale tritt eine kulturelle Verunsicherung oder Entfremdung. Dem kulturellen Wandel, markiert vor allem durch eine Liberalisierung im Bereich der Beziehungen der Geschlechter, können große Teile der Menschen nicht mehr folgen. Im Ergebnis ist zunächst eine Entfremdung vor allem von abhängig Beschäftigten von der gesellschaftlichen Linken zu beobachten, die schließlich in Aversion umschlägt und den Nährboden für den Kulturkampf liefert, der heute in Hasstiraden auf das Gendern seinen Ausdruck findet. Es gibt eine kulturelle Verunsicherung, die nach außen nicht als solche erscheint, sondern zur Wut führt und diese Wut tobt sich auch im kulturellen Sektor aus.

Verunsicherung entstand auch durch den Umbau der pluralistischen Demokratie. Im Neoliberalismus wurde die pluralistische Form der Demokratie entleert und durch neue

Formen der elitären Partizipation ersetzt. An die Stelle gleichberechtigter Vertretung von Gewerkschaften und Unternehmen traten informelle und formelle Absprachen zwischen Staat und Unternehmen in der unterschiedlichsten Form, oder Private übernahmen gleich staatliche Aufgaben. Die wirtschaftsdemokratischen Elemente, d.h. die Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb verloren an Boden. Das wird zwar nicht artikuliert, aber wahrgenommen und führt zu den bekannten Reaktionen: „Die da oben machen doch eh...“ Und schließlich verfangen rechts gewendete, eigentlich sinnvolle Forderungen mit dem Inhalt „Let’s take back control.“

Der Neoliberalismus und sein Scheitern haben ein Chaos hinterlassen, das von vielen nicht mehr verstanden wird und so suchen sie Halt im Autoritären und der Abgrenzung von den „Unteren“. Im Chaos der Dauerkrise seit 2008 – auf die Finanz- folgten Euro-, Migrations- und Coronakrise, Krieg und Inflation, die überwölbt sind von Klimakrise und säkularer Stagnation – geht die Orientierung verloren. Intoleranz und offene Diskriminierung waren eine Zeit lang unfein, wurden im öffentlichen Leben tabuisiert und aus den privaten Beziehungen verdrängt. Sie wurden von den konservativen Parteien eingebunden. Im postneoliberalen Chaos hat sich diese Einbindung aufgelöst. Die extreme Rechte hat sich erfolgreich parteipolitisch organisieren können oder hat die alten konservativen Parteien schlicht übernommen wie in den USA.

Die Ausprägungen der extremen Rechten verfahren mit Blick auf die Machtsicherung sehr ähnlich. Die PiS in Polen, Erdogan in der Türkei und Orban in Ungarn sicherten sich einerseits die Kontrolle über die Medien, nachdem sie an der Macht waren. Und sie bauten die Justiz um oder versuchen es und besetzen die wichtigen Posten in den Staatsapparaten mit „ihren Leuten“. Ähnlich verfährt auch Trump in den USA. Gemeinsames Feindbild ist immer der Fremde, der Zuwanderer.

Allerdings gibt es auch Unterschiede: Die PiS entwickelte eine soziale Variante der rechten Herrschaft, d.h. sie etablierte durchaus sozialstaatliche Elemente in Polen. Orban dagegen verfolgt einen strikt neoliberalen Kurs in Ungarn – ohne soziale Komponente. Meloni agiert eher vorsichtig und unterwirft sich wirtschaftspolitisch der EU-Mehrheit. Erdoğan und Orban nutzen den Staat, um sich, ihre Familie oder ihre „Spezeln“ zu bereichern. Und empfindlich reagieren PiS oder der französische RN, die Le-Pen-Partei, wenn die deutsche AfD die Nazi-Diktatur verharmlost. Das kommt in Frankreich und Polen auch bei der Rechten nicht gut an.

Trump und Milei in Argentinien haben sich offenbar daran gemacht den Staat zu zerstören. Mit Trump übernahm ein Unternehmer die Regierungsgeschäfte in den USA und

hob damit die Trennung von Politik und Ökonomie durch die Personalunion auf. Die alten kapitalistischen Staaten lassen sich durch eine Trennung von Ökonomie und Politik charakterisieren. Der Staat hat eine relative Autonomie von der Ökonomie, d.h. er muss einerseits die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus berücksichtigen, also gute Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen. Dabei handelt er aber i.d.R. nicht im Interesse einzelner Unternehmen, sondern als ideeller Gesamtkapitalist, der die Interessen des Gesamtsystems im Blick hat, die gelegentlich auch ökonomischen Interessen, insbesondere Einzelinteressen, zuwiderlaufen können. Selbst Theorien, die eine enge Verflechtung von Monopolkapital und Staat konstatierten, haben nie angenommen, dass eine Personenidentität zwischen Regierungsmitgliedern und Unternehmensleitung bestand.

Genau das gilt aber für Trump, der nicht nur selbst eigene unternehmerische Interessen hat, der vielmehr eine Reihe weiterer Unternehmer in die Regierung berufen hat. Im Kabinett Trump ist die Trennung von Wirtschaft und Politik aufgehoben. Das schafft nicht nur den bösen Schein, dass Sonderinteressen einzelner Unternehmen die Politik bestimmen, so dass die Regierung nicht als „ideeller Gesamtkapitalist“ agiert, sondern im Interesse von Einzelkapitalen, nämlich den eigenen. Schließlich macht sich Trump daran, den amerikanischen Staat oder die Bundesverwaltung zu zerschlagen. Hier findet man den Rest der marktradikalen Ideologie, wonach der Staat „die Wirtschaft“ nur behindere. Der Staat wird auf die frühkapitalistischen Kernaufgaben reduziert: Schutz der Sicherheit des Eigentums nach innen und außen. Er wird zum Repressionsapparat, was voraussetzt, dass er mit den „richtigen Leuten“, also mit Gefolgsleuten besetzt wird. Der Staat wird zwangsläufig autoritär. Ein skelettierter Staat kostet weniger und erlaubt es, die Steuern für die Reichen zu senken, sie weiter zu bereichern. Der Staat wird zum Opfer einer neuen Form des Kapitalismus, des Vampirkapitalismus. Das Ende des Kapitalismus könnte so nicht von der Linken, sondern von einer extremen Rechten herbeigeführt werden, welche besondere Interessen über die Notwendigkeiten des Gesamtsystems stellt. Diese postkapitalistische Perspektive ist aber keineswegs eine positive.

IV. Aufgabe der Linken und der Sozialistischen Linken

1. Was heißt demokratischer Sozialismus?

Die Klassenfrage oder die soziale Frage und die ökologische Frage sind die beiden Themen, welche die Diskussion um den Sozialismus im 21. Jahrhundert beherrschen. Mit Blick auf Klassen- und Umweltfrage geht es bei einer linken, sozialistischen Politik da-

rum, die Ökonomie den anarchischen und destruktiven Kräften des Marktes zu entziehen, um eine rationale und demokratische Bestimmung des Mensch-Mensch- und des Mensch-Natur-Verhältnisses zu ermöglichen. Dazu schrieb Marx: „Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.“²⁹

Neuere Definitionsversuche unterscheiden sich nur unwesentlich. Georg Fülberth etwa meint: Sozialismus sei zu charakterisieren durch „die Verfügung einer Gesellschaft über die Produktions- und Zirkulationsmittel sowie über die Erbringung von Dienstleistungen durch den planenden, organisierenden und verteilenden Einsatz von politischen Institutionen.“³⁰ Michael Brie meint, beim Sozialismus gehe es darum, „dass die Grundgüter eines freien solidarischen Lebens der Herrschaft der kapitalistischen Märkte entzogen und der Kontrolle von Gesellschaft, Gemeinschaften und Individuen unterworfen werden.“³¹ Bei Raul Zelik wird die Kontrolle der Gesellschaft über die eigenen Reproduktionsbedingungen als Bewegung gedacht: „Sozialismus wird in diesem Buch vielmehr als dreifache Bewegung verstanden: 1) als Stärkung des Gemeineigentums, dass ich eben längst nicht nur in staatlicher Hand befinden kann; 2) als Demokratisierung, was vor allem die gesellschaftliche Gestaltung von Produktion, Konsum und Entwicklung meint; 3) als Kritik des Eigentumsbegriffs zugunsten von Nutzungsregeln ohne Eigentumsverfügung.“³² Auch in dieser Definition steht die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung im Zentrum.

Dörre definiert den „nachhaltigen Sozialismus“ dadurch, dass die Logik der Beziehung innerhalb der Gesellschaft und zwischen Gesellschaft und Natur umgestellt wird, auf eine solidarische Logik: „Künftig geht es eben nicht um simple Alternativen wie Markt

²⁹ Marx, Karl, Das Kapital III, S. 828.

³⁰ Fülberth, Georg, Sozialismus, S. 6 f.

³¹ Brie, Michael, Sozialismus Neu Entdecken, S. 126.

³² Zelik, Raul, Wir Untoten des Kapitals, S. 37 f.

oder Staat. Es kommt darauf an, wie Markt und Staat definiert werden, welche Funktionen sie für die Gesellschaft haben und was sie zur Realisierung von Nachhaltigkeitszielen beitragen können. ... Nachhaltiger Sozialismus ist der Begriff für eine Gesellschaft, die, zumal bei der Reproduktion von Natur, in ständiger Bewegung ist. Vom Kapitalismus unterscheidet sie vor allem, dass anstelle des Gewinnstrebens soziale Bedürfnisse, Kooperation, kollektives Lernen und solidarische Sozialbeziehungen die Dynamik bestimmen.“³³ Erik Olin Wright definiert Sozialismus im Wesentlichen durch die demokratische Steuerung der Wirtschaft: „Sozialismus ist eine Wirtschaftsstruktur, in der die Verteilung und Nutzung von Ressourcen für verschiedene Zwecke durch die Ausübung sozialer Macht erfolgt. Im Sozialismus werden der Investitionsprozess und die Produktion durch Institutionen gesteuert, die es den Bürger*innen ermöglichen, gemeinsam zu entscheiden, was sie tun wollen. Grundsätzlich ist der Sozialismus also gleichzusetzen mit Wirtschaftsdemokratie.“ Und soziale Macht bestimmt er so: „Wenn man einen Staat demokratisch nennt, bedeutet dies, dass die Staatsmacht der sozialen Macht untergeordnet ist. ... Wahlen sind der bekannteste Weg, um diese Unterordnung der staatlichen unter die soziale Macht zu erreichen. Je mehr die Staatsmacht der sozialen Macht untergeordnet ist, desto tiefgreifender demokratisch geprägt ist der Staat.“³⁴

Kurz: Bei einer sozialistischen Transformation geht es um eine gleichberechtigte Selbststeuerung der Gesellschaft oder negativ: um die Aufhebung heteronomer Gesetzmäßigkeiten. Das meint offenkundig nicht die Naturgesetze, sondern vor allem ökonomische Zwänge wie Konkurrenz oder Wachstumszwang. Es geht also um eine autonome Steuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einschließlich der Ökonomie und des Mensch-Natur-Verhältnisses. Das ist die eigentliche Idee der Demokratie, die ohne Wirtschaftsdemokratie halbiert bleibt.³⁵ Und die autonome Selbstbestimmung der Gesellschaft meint immer gleiche Selbstbestimmung oder besser die Selbstbestimmung von Gleichen, womit nicht nur – wie im liberalen Verständnis – die rechtliche, sondern eben auch die faktische Gleichheit nicht nur von Männern und Frauen gemeint ist.

2. Sozial-Ökologische Transformation und positive Steuerung

Im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus wurden verschiedene, politische, zum Teil auch demokratische Elemente einer ökonomischen Steuerung eingeführt. Das reicht

³³ Dörre, Klaus, Die Utopie des Sozialismus, 116 ff.

³⁴ Wright, Erik Olin, Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert, S.65 f.

³⁵ Fisahn Andreas, Hinter verschlossenen Türen: Halbierte Demokratie? (Hamburg 2017).

von der Abgasreduktion etwa im Immissionsschutzrecht über die Bau- und Raumplanung bis zur Wasserplanung. Insbesondere im Umweltrecht werden unterschiedlichste Pläne aufgestellt: Luftreinhaltepläne, Landschaftspläne oder Wasserbewirtschaftungspläne, die wiederum abgestimmt werden mit der Raumplanung oder der Verkehrsplanung. Jenseits von Planungen enthält auch das Ordnungsrecht die unterschiedlichsten Vorgaben für die Wirtschaft: von der Abfallentsorgung über Hygienevorschriften bis zum Zündholzmonopol und dessen Aufhebung. Entscheidend ist, dass die politischen Setzungen in der Regel negativ bleiben, also planen, was nicht geschehen soll – die Bau- und Verkehrsplanung bildet bis zu einem gewissen Grad eine Ausnahme. Aber bestimmt wird eben nicht, was geschehen soll, also vor allem, was produziert werden soll. Geregelt wird, wo produziert wird, was bei der Produktion nicht verwendet werden darf oder was nicht in die Umwelt gelangen darf, aber im Großen und Ganzen nicht, welche Produkte hergestellt werden. Das bestimmt in der Regel „der Markt“, also einzelne Unternehmen. Auch bei Subventionen war der Staat nur indirekt oder in zweiter Instanz an der Entscheidung über das „Was“ beteiligt. Eine autonome gesellschaftliche Setzung würde in wichtigen Bereichen selbst bestimmen, was produziert wird. Es gibt und gab immer eine wichtige Ausnahme: die Rüstungsindustrie und die Kriegswirtschaft, die allerdings nicht als Vorbild dienen sollte.

Eine sozial-ökologische Transformation muss diese Grenze bisheriger kapitalistischer Steuerung überschreiten. Für eine ökologische Umstellung der Wirtschaft, d.h. die ökologische Transformation zum grünen Kapitalismus, muss nicht nur entschieden werden, wo und wie nicht produziert wird, sondern es muss auch entschieden werden, was produziert wird. Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist so eine Entscheidung. Die Energieproduktion muss nicht staatlich erfolgen, aber es ist der erforderliche Rahmen zu schaffen, etwa entsprechende Stromnetze. Die Umstellung auf E-Mobilität kann nur funktionieren, wenn die entsprechende Infrastruktur geschaffen wird. Und man traute seinen Ohren nicht, als aus der Bundesregierung der Vorschlag kam, eine Batteriefabrik zu bauen oder die deutsche und französische Produktion von Zügen zusammen zu legen. Die Produktion und der Gewinn bleiben weiter privat, da sollte man keine Illusionen haben: Viele Entscheidungsrechte bleiben bei privatkapitalistischen Unternehmen und Preise werden über den Markt gesteuert (auch wenn beim Strompreis die Diskussion bereits in eine andere Richtung geht).

Dennoch: Hier gibt es Ansätze einer neuen Form der Steuerung und der Investitionslenkung, die in der marktradikalen Ära vollständig undenkbar gewesen wäre und die im

Kern über die kapitalistische Marktsteuerung hinausweisen kann. Es wächst das „Neue im Alten“, wenn auch langsam und keineswegs so, dass es Bestand haben müsste. Die alten Theorien von Hilferding über Kautsky bis zum Stamokap (Staatsmonopolkapitalismus), die davon ausgingen, man müsste nur die Kommandohöhen in Staat und Wirtschaft neu besetzen, um das System zu überwinden, lagen daneben, schon weil das demokratische Element unterschätzt wurde. Auch die neuen Formen der Transformation zum grünen Kapitalismus werden allenfalls unzureichend mit einer neuen demokratischen Partizipation verbunden – man denke an das Beispiel von Bürgerräten. Und von einer gerechten Verteilung ist die grüne Transformation weit entfernt. Trotzdem und gerade deshalb: Genau in diesem Bereich finden sich Interventionspunkte für eine linke Politik.

Der Green Deal enthält Latenzen einer postkapitalistischen Gesellschaft, wenn man diese nicht etwas schlicht als Enteignung und Verstaatlichung von Großkonzernen versteht. Der Eigentumstitel sagt zunächst wenig über die Politik eines Konzerns, wie man am Beispiel der Bahn – und vor der Finanzkrise – der Landesbanken oder der Sparkassen genau beobachten konnte. Sie agieren genauso wie privatkapitalistische Unternehmen – manchmal vielleicht etwas dümmer, die Sparkassen gelegentlich sogar weniger sozial. Wesentlich für die Politik eines Unternehmens, für seine gesellschaftlichen Wirkungen, seine soziale und ökologische Ausrichtung sind jedoch die Steuerungsmechanismen, die auch, aber eben nicht nur über die Eigentumsfrage entschieden werden. Eine Vergesellschaftung von wichtigen Unternehmen oder Industrien, erleichtert möglicherweise eine ökologische und soziale Steuerung, ist aber keineswegs mit dieser identisch.

Eine postkapitalistische Wirtschaft ist als mixed economy zu denken, in der die Zwänge der kapitalistischen Verwertungs- und Konkurrenzmechanismen sukzessive durch eine Selbststeuerung der Gesellschaft ersetzt werden. Dabei werden unterschiedlichste Formen des Eigentums auch an Produktionsmitteln durch unterschiedliche Formen der ökonomischen Steuerung ergänzt. Neben öffentlichem, d.h. staatlichen und kommunalem Eigentum kann kollektives Eigentum, also beispielsweise Genossenschaften, eine größere Bedeutung neben privatwirtschaftlich genutztem Eigentum spielen. Eine solche Mischwirtschaft ist auch für den Kapitalismus nicht ungewöhnlich. Beispielsweise waren in Großbritannien viel Banken und Großunternehmen verstaatlicht. Erst Thatcher privatisierte sie, beispielsweise British Telecom, British Petroleum (BP) und British Airways.

Auch lokale Versorgungsunternehmen, wie die Wasserversorgung und Energieversorger, wurden unter Thatcher privatisiert. Es kommt also ebenso auf die Gewichtung oder Verteilung der verschiedenen Eigentumstitel wie auf die Steuerungsmethoden der Unternehmen an, will man kapitalistische Marktzwänge überschreiten. Als Wirtschaftsdemokratie wird eine Ökonomie bezeichnet, in der im demokratischen Verfahren unter Beteiligung nicht nur der Beschäftigten, sondern auch anderer Interessen, wie derjenigen von Konsumenten, der Ökologie usw. über die ökonomische Entwicklung entschieden wird. Die Sozialistische Linke hält am Konzept der Wirtschaftsdemokratie fest. Eine Mixed Economy muss als demokratisch gesteuerte Wirtschaft konzipiert werden.

Die gesellschaftliche Linke und Die Linke müssen sich in Zeiten eines gesellschaftlichen Umbruchs neu erfinden. „Die Linke“ muss die alten Rezepte überdenken und neue Kreativität entwickeln für Interventionsstrategien, die das „Neue im Alten“ oder auch das „Richtige im Falschen“ wachsen lassen. Wirtschaftsdemokratie darf nicht nur als Ökonomie der Ballungszentren und der Großindustrie gedacht werden. Das „Neue im Alten“ wächst beispielsweise auch in neuen Formen der landwirtschaftlichen Kooperativen. In Brandenburg wird damit experimentiert, ökologischen Landbau und konventionellen Landbau zu kombinieren: „Eine eigens überarbeitete Förderrichtlinie des Landes ermöglicht erstmals die kooperative Umsetzung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM), die in der Regel vom jeweiligen Bundesland und der EU kofinanziert werden. Landwirtschaftsbetriebe können sich zu Kooperativen zusammenschließen, um gemeinsam Maßnahmen für Biodiversität und Klimaschutz umzusetzen – ein Modell, mit dem Brandenburg bundesweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Das Projekt nennt sich etwas umständlich »Kollektive Modelle zur Förderung der Biodiversität«, kurz: Kombi. Gefördert werden Kooperativen, die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in einem Projektgebiet planen und umsetzen. Diese Zusammenschlüsse bestehen aus mindestens drei einzelnen Agrarbetrieben.“³⁶

Gefragt sind hier Fachkenntnis und Fachleute, die Tendenzen und Latenzen aufspüren und weiterentwickeln können. Das alte Demo-Transparent „Ich bin dagegen“ hat in diesem Sinne ausgedient. Dazu passend ein Zitat von Friedrich Engels: „Daraus folgt die Politik der Arbeiterpartei ... von selbst: die Arbeiterpartei vor allem organisiert erhalten,

³⁶ https://nd.digital/editions/nd.DerTag/2025-07-28/articles/18953707?code=eyJhbGciOiJIJkaXIlLCJlbnMiOiJBMjU2Q0JDLUhTNTYyLn0..kW_IW-VtlyjeGsFIM5d_w.bmwCU6KKOn-fhwF5GPzFPiVNWobUiNnLsE4KbohZS7h0.Ec89J263ejMK6boQMqDoDIWvc-sg7crm3ppA0WQT-kiw.

soweit es die jetzigen Zustände zulassen; die Fortschrittspartei vorantreiben zum *wirklichen* Fortschreiten, soweit das möglich; sie nötigen, ihr eigenes Programm radikaler zu machen und daran zu halten; jede ihrer Inkonsistenzen und Schwächen unnachsichtig züchtigen und lächerlich machen.“³⁷ Kurz: Die sozialistische Linke hält an der Vorstellung einer sozial-ökologischen Transformation fest und verfährt sie gegen die Entwicklungen zum Rüstungskeynesianismus oder gar zu einem Vampirkapitalismus.

3. Das System nach vorne verteidigen

„Die Linke“ muss sich gegen konservativen und extrem rechten Revanchismus zusammen mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden auf neue Abwehrkämpfe einstellen, die aber nur erfolgreich sein können, wenn sie mit einem positiven Bild von einer solidarischen, demokratischen Gesellschaft verbunden werden. Dazu muss sich die Linke auch weicher Themen annehmen. Verunsicherung, Vereinsamung und Erschöpfung lassen die extreme Rechte gewinnen. Konservative wie extreme Rechte haben angesichts der Verunsicherung vieler Menschen nichts zu bieten. Sie haben keine Politikangebote, mit denen neue Sicherheit und Solidarität hergestellt oder sich ergeben würde. Die Umverteilung nach oben bleibt vielmehr weiter Programm. Deshalb werden Sündenböcke gesucht. Der verunsicherte Mensch braucht jemanden zum Treten, jemanden der noch unter ihm steht, der ausgegrenzt und diskriminiert wird, um so die eigene Identität zu definieren. Daher die Wut und der Hass auf „Ausländer“ und Geflüchtete, die allerdings rassistisch konnotiert werden. „Die Linke“ muss der Verunsicherung neue Sicherheiten, die vor allem soziale Sicherheit umfasst, entgegensetzen.

Der Neoliberalismus hat die Gesellschaft entsolidarisiert und atomisiert. Gemeinschaft und solidarische Verbindungen gingen verloren. Einsamkeit wird zum Kennzeichen der Zeit. Sie schafft notwendig Abgrenzungen, den Rückzug ins Private und die eigene Blase, in der das Fremde und Andere nicht willkommen ist. „Die Linke“ muss neue Formen der Solidarität fördern und die Humanität verteidigen, d.h. auch sich an die wohl überlegten Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention zu halten und diese zu verteidigen.

Die Atomisierung hat zu einem Erschöpfungszustand der Gesellschaft geführt. Die Belastung ist überall gestiegen, in der Arbeit, in der Organisation von Familie und Haushalt und erst recht in der Mobilität. Staus und verspätete Züge produzieren nur noch Stress. Der Erschöpfung und der eigenen Anstrengung steht nicht die Erwartung gegenüber, dass es besser werden könnte. Die Gesellschaft scheint sich vielmehr auf der schiefen

³⁷ Engels, Friedrich, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, MEW Bd. 16, S. 78

Bahn nach unten zu befinden. „Es wird immer schlechter“ ist ein verbreitetes Gefühl, das keineswegs nur auf Fake News aufbaut. Auch das befördert die Suche nach Sündenböcken, den „guten alten Zeiten“ und der autoritären Persönlichkeit. „Die Linke“ muss dem Hoffnung entgegensetzen, Hoffnung auf eine solidarische Gesellschaft. Konkret heißt das, der Erschöpfung entgegenzuwirken, durch eine Mobilitätswende, die keineswegs nur durch E-Autos und ebenso wenig ausschließlich durch den ÖPNV geschaffen wird. Wichtiger denn je ist der Kampf mit den Gewerkschaften um gute Arbeitsbedingungen.

Die Linke hat nach dem Sieg über das Nazi-Regime in weiten Teilen die Auffassung geteilt, dass zur Abwehr des Faschismus oder des rechten Autoritarismus eine breite Einheitsfront gebildet werden sollte. Dabei müsse nicht nur die Linke ihre (partei-)politischen Differenzen überwinden, sondern auch mit den bürgerlichen, konservativen Parteien zusammenarbeiten. Die eurokommunistische Partei Italiens setzte – nach dem Putsch gegen die sozialistische Regierung in Chile 1973 – auf den „historischen Kompromiss“, die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten, um den gewaltsamen Umsturz zu vermeiden. Kann und sollte die gesellschaftliche Linke heute an diese Strategien anknüpfen?

Nun haben sich die bürgerlichen, konservativen Parteien auch gewandelt. Ein Teil wurde, wie erwähnt, von der extremen Rechten übernommen. Sie radikalisieren den neoliberalen Marktradikalismus und scheinen sich anzuschicken, den regulierenden Staat zu zerschlagen. Diese Parteien sind mehr oder weniger in das nationalchauvinistische Lager abgewandert und sind schlechte Bündnispartner im Kampf um die Rettung der Demokratie.

Ein weiterer besorgniserregender Trend des Rechtsrucks ist das schwinden von Mehrheiten links der Mitte. Noch 2013 hatte Rot-Rot-Grün eine Mehrheit im Bundestag. 2017 und 2021 waren die Mehrheiten der Rechten eher knapp und vor allem ungewiss: Bis zu den Wahlen schienen die Mehrheitsverhältnisse nicht sicher. Mit dem neuen Aufstieg der AFD hat sich das geändert. Mehrheiten links der Mitte scheinen außerhalb jeglicher Reichweite. Obwohl sich Die Linke stabilisiert hat und in den Umfragen und Wahlen deutlich zugelegt hat, kann sie bei weitem nicht die Verluste von SPD und Grünen auffangen. Die Grünen scheinen sich langsam wieder auf die Werte zuzubewegen, die sie vor der Klimabewegung 2019 erreichen konnten. Die SPD verliert jedoch weiter ihre Kernwählergruppen, insbesondere Arbeiter, an CDU und AFD. Sie kommt bei Wahlen in etwa so schlecht weg, wie zuletzt in den 1880ern – eine Zeit, in der sie verboten war.

Mit den beiden Mitte-Links Parteien in ihrer schwächsten Form jemals, könnte Die Linke zur dominanten linken Kraft werden. Bei der Bundestagswahl 2025 waren die etwa 1,2 Millionen Stimmen, die Die Linke von Grünen und SPD gewann, entscheidend für den Wahlerfolg. Diese Strategie konnte zwar das mittelfristige Überleben der Linken sichern, führt jedoch nicht weiter. Um die Kräfteverhältnisse zu verändern und um auf die Betriebsweise des Kapitalismus einzuwirken, müssen Menschen von rechts zurückgewonnen werden. Die Linke muss über den eigenen Tellerrand schauen und darf ihre eigene Lage nicht mehr der Lage der Gesellschaft verwechseln.

Wenn der neoliberale Umbau der Gesellschaft ursächlich für den Rechtsruck ist, scheint es außerdem schwierig, mit den Verantwortlichen für diesen Umbau gegen rechts zusammenzustehen – jedenfalls wird so argumentiert. Allerdings haben die bürgerlich Konservativen auf den Legitimationsverlust des Neoliberalismus mit einer Umorientierung geantwortet und versucht, mit dem Green Deal Hegemonie für einen ökologischen Umbau des Kapitalismus zu erlangen. Bürgerlich, konservative Parteien mit dieser Ausrichtung stehen im Lager der Demokraten und sind Bündnispartner im Kampf gegen den neuen Autoritarismus. Dazu gehörte die Merkel-CDU. Inzwischen hat sich das Bild gewandelt. Merz hat Ende Januar 2025 billigend in Kauf genommen, dass die AfD den Vorlagen zur Migrationspolitik der CDU im Bundestag zustimmt. Das war ein Tabubruch und für die Bundesrepublik wirklich eine Zeitenwende, die wenige zu einer so frühen Zeit erwartet haben.

Der gesellschaftlichen Linken fällt in dieser Situation wohl die Rolle zu, Bündnisse quer durch die Parteien mit denen zu schmieden, die den öko-sozialen Umbau weiter betreiben wollen. Die Konstellation ist neu, weil viele Unternehmen durchaus im Lager des grünen Umbaus stehen und die langfristige Planung darauf eingestellt haben. Aber natürlich gibt es auch Profiteure der Hochrüstung, d.h. Kapitalfraktionen mit anderen Interessen oder Opportunisten wie die Big Five in den USA.

Es erscheint keine sinnvolle Strategie, sich die Themenschwerpunkte von rechten Kulturkämpfern diktieren zu lassen. Die Linke setzt eigene Themenschwerpunkte im Bereich der sozial-ökologischen Transformation des Kapitalismus. Aber Die Linke muss Antworten haben auf die fake News von rechts. Sie muss mit guten Argumenten und fundiertem Wissen über die Frage von Migration und Asyl mitreden können. Und es ist wichtig gerade in solchen Bereichen, die sachlichen Argumente mit Emotionen etwa der positiven Grundhaltung zu südländischem Essen oder „nicht-deutscher“ Musik.

Wenn die Analyse richtig ist und Orientierungslosigkeit im postneoliberalen Chaos, Ver lustängste und Verunsicherung den Aufstieg der Rechten, die autoritäre Wende begünstigen, dann braucht es auch gesellschaftliche und individuelle Perspektiven, die Orientierung bieten können. Anders gesagt: eine hegemoniefähige konkrete Utopie. Axel Honneth hat das so formuliert: „Einerseits ist das Unbehagen über den sozioökonomischen Zustand, über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitsbedingungen enorm angewachsen. ... Andererseits scheint dieser massenhaften Empörung jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik zu fehlen, so dass sie eigentümlich stumm und nach innen gekehrt bleibt; es ist, als mangle es dem grassierenden Unbehagen an dem Vermögen, über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren.“³⁸

Erik Olin Wright ist zu folgen in der Annahme, dass es nicht die *eine* Strategie der gesellschaftlichen Linken geben kann, einen Königsweg also. Deren Agieren muss plural sein und die unterschiedlichen Strategien, die in der Arbeiterbewegung diskutiert und mit denen auch experimentiert wurde, verbinden. Neben der revolutionären Überwindung stehen gleichwertig die transzendierenden Reformen und auch Reformen zur Zähmung des Kapitalismus, alternative Ökonomien wie Genossenschaften und Kooperativen oder auch der Ausstieg zu alternativen Lebensformen. Die gesellschaftliche Linke braucht dazu mehr Toleranz und muss das aufgreifen, was Hans-Jürgen Urban eine Mosaik-Linke nannte, also eine Linke, die sich aus gleichberechtigten Teilen zusammensetzt und erst insgesamt ein Bild ergibt.

Ein politischer Wandel ist in der Gegenwart nur als Ergebnis der Erosion der Legitimität, d.h. faktischen Akzeptanz eines gesellschaftlichen Systems zu denken. Das galt für den Zusammenbruch der Planungsökonomie des Ostens ebenso wie für die Regime, die im arabischen Frühling 2011 hinweggefegt wurden. Die kapitalistischen Zentren befinden sich in einer Krise der Legitimität, von der allerdings gegenwärtig die extreme Rechte profitiert und nur beschränkt emanzipatorische Bewegungen. Das ist nicht zuletzt Folge einer Situation, in der niemand an die Perspektive von Fortschritt glaubt. An solch einer Perspektive muss die Linke arbeiten.

Kurz: Es braucht auch von links eine neue Orientierung, die Debatten um neue Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und Solidarität zusammenführt. Der Sozialstaat

³⁸ Honneth, Die Idee des Sozialismus (Berlin 2015), S. 15.

muss von links neu konzipiert und gedacht werden und Dimensionen gesellschaftlicher Solidarität jenseits moralischer Apelle beinhalten. Es geht um neue Formen der demokratischen Beteiligung jenseits prozeduraler Feigenblätter wie Bürgerräten. Wenn die pluralistische Beteiligung über Großorganisationen nicht mehr gelingt, wenn gleichzeitig ein Rückzug ins Private stattfindet, braucht es neue Formen der Vertretung. Und es braucht neue Vorstellungen des guten Lebens, jenseits des erweiterten Konsumismus, welches die Vereinsamung aufhebt. Da ist noch eine Menge Gehirnschmalz aufzuwenden. Blochs Motto „Denken heißt Überschreiten“ gilt also jetzt erst recht.

Dann ist das Setzen auf einen linken Populismus eine falsche Antwort, jedenfalls wenn man Populismus im z.Z. gängigen Sprachgebrauch versteht: als Präsentation einfacher Antworten und klarer Feindbilder. Aber natürlich sollte Die Linke populär sein und es ist eigentlich eine gleichsam aristokratische Perspektive, wenn man die Demokratie über den Begriff Populismus verächtlich macht.

Die alten einfachen Klassenverhältnisse, wie Marx und Engels sie vor Augen hatten, existieren nicht mehr. So etwas wie Klassenbewusstsein entwickelt sich nicht aus der Lebenslage oder der Lage der arbeitenden Klasse, weil diese Klasse nicht einheitlich ist. Tatsächlich war der von einigen angenommene Automatismus aber schon immer ein Fehler. Das Sein bestimmt das Bewusstsein eben nicht auf direktem Wege, sondern über viele Irrungen und Wirrungen und auf Nebenpfaden. Es gilt also, soziale und ökologische Interessen dort aufzugreifen, wo sie spontan entstehen und sich artikulieren. Und es gilt, solche Interessen zu organisieren und zu vereinigen. Das kann man verbindende Klassenpolitik nennen, hat damit aber noch nicht viel gewonnen, weil die unterschiedlichen Interessen und Weltbilder konkret analysiert werden müssen.

In Sachen Klassenpolitik sollte auch beachtet werden, das insbesondere aufgrund der multiplen Krisen (Wirtschaft, Krieg, Klima etc.) die Fronten oft nicht so klar sind, wie es manche meinen. Auch ein Großteil des Kapitals hat ein Interesse an einem funktionierenden Staat, etwa an zuverlässiger Kinderbetreuung, guter Bildung oder funktionierender Infrastruktur. Selbst einige Automobilhersteller haben sich auf die Transformation eingestellt und befürworten einen Wechsel zum Elektroauto. Natürlich sind diese Haltungen ebenfalls flexibel: So sollen z.B. in Görlitz 580 Arbeitsplätze gerettet werden, indem an einem Produktionsstandort zukünftig Panzer statt Straßenbahnen gebaut werden. Über eine „verbindende“ Klassenpolitik hinaus stellt sich jeweils die Frage, wie

man Bündnisse schmieden kann – auch mit Kapitalfraktionen – und wie man seine Gegner spalten kann. Nur so kann eine sozial-ökologische Transformation hegemonial werden.

4. Aufgabe der SL

Die SL ist eine innerparteiliche Strömung in der Linken. Ihr Fokus ist der kritische und solidarische Dialog mit anderen Teilen der Linken. Darüber hinaus ist sie bereit zum überparteilichen Austausch und zur Zusammenarbeit mit der gesellschaftlichen Linken in verschiedenen Bereichen der Politik.

Im Fokus der SL steht, die inhaltlichen, theoretischen Suchprozesse der Partei zu befördern und eine solidarische Praxis zu entwickeln, die bei den Menschen als solche registriert wird. Das bedeutet, dass es nicht nur um kluge Papiere und die „richtige“ Position geht, sondern um eine Praxis in und mit der Gesellschaft, insbesondere mit Organisationen der gesellschaftlichen Linken, den Gewerkschaften, Kulturschaffenden und der kritischen Wissenschaft, die dem autoritären Umbau etwas entgegensetzt. Deshalb unterstützen wir explizit cross-over Projekte wie beispielsweise das Institut solidarische Moderne. „Die Linke“ darf nicht im eigenen Saft schmoren, schon gar nicht im Berliner Saft; sie muss raus aus der eigenen Blase und den Diskurs mit der versprengten gesellschaftlichen Linken suchen, der schließlich zu konkreten Aktionen und Veränderungen führen muss.

Es geht der SL nicht um Ämter und Mandate, diese können nur Mittel zum Zweck sein, etwas Positives in der Gesellschaft zu erreichen. Es geht der SL um die inhaltliche Ausrichtung der Partei Die Linke, die Abwehr der zu erwartenden autoritären-militärischen Wende und um positive Veränderungen in den Kommunen, den Ländern, im Bund und der EU.

Die Linke darf nicht in die Falle der AfD tappen und sich ausführlich mit all ihrem Menschenverachtenden Unsinn auseinandersetzen. Der Kulturkampf darf den öffentlichen Diskurs nicht dominieren. Stattdessen muss die Die Linke lernen Wertvorstellungen in ihre Kommunikation und Inhalte einzubinden. Die AfD macht hier vor wie es geht. Ihren Chauvinismus verknüpft sie mit tief in der Arbeitsgesellschaft verankerten Normen und Werten. Bestes Beispiel ist die Verknüpfung von Leistungsgerechtigkeit und Migration. Der hart arbeitende Deutsche, der seine Rechnungen kaum noch bezahlen kann, wird hier dem nicht arbeitswilligen Migranten gegenübergestellt. Die AfD spricht damit die Brüchigkeit des Leistungsprinzips auf die ihr eigene Weise an und ist so in den letzten

Jahren zu der dominierenden Partei unter Arbeitern und sogar Gewerkschaftern geworden. Doch die Kritik die sich an der Brüchigkeit des Leistungsprinzips entfacht richtet sich nicht automatisch nach unten und schon garnicht muss sie zwangsläufig von rechts artikuliert werden. Nicht umsonst heißt es in der Internationalen: "Den Müßiggänger schieb beiseite". Leistung lässt sich auch auf eine sozialistische Art und Weise aufgreifen. Wie, das hat die Partei im Bundestagswahlkampf in Wahlwerbespots mit Kandidierenden aus dem Arbeitsleben bereits gezeigt. Man spricht Leute nicht als arme Schlucker oder Verlierer an, sondern als Leistungsträger, denen der gerechte Anteil am gesellschaftlichen Reichtum versagt bleibt. Auch Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie lassen sich so popularisieren. Wer hingegen wie es in linken Kreisen nicht unüblich ist von einem „Recht auf Faulheit“ spricht, wird unter abhängig-Beschäftigten wenig Zuspruch ernten. Das schließt freilich nicht aus, denen gegenüber solidarisch zu sein, die nicht arbeiten können.

Es geht darum den Kampf, um die weit geteilten Normen und Werte offensiv zu führen. Das Leistungsprinzip hat ihr eine herausgehobene Stellung, weil es das zentrale Motiv in der Arbeitswelt ist und wir wissen, dass die Welt des Kapitals nur schwächen kann, wer die Welt der Arbeit stärkt. Aber auch vor Begriffen und Werten wie Disziplin, Ordnung, Heimat und Nation sollte die Linke nicht zurückschrecken. Sie lassen sich ohne Frage von links ausfüllen und könnte den Linken zu mindestens Zugang zu neuen gesellschaftlichen Milieus schaffen. Es gilt die zentralen gesellschaftlichen Werte zu besetzen, statt sich in ausgeprägtem großstädtischen Distinktionswillen zurückzuziehen. Nur so lässt sich eine Gegenhegemonie aufbauen, die auch wieder zu gesellschaftlichen Mehrheiten für ein linkes Projekt führt.

V. Handlungsfelder konkret:

1. Demokratie

Die Parteiendemokratie in Deutschland muss ergänzt werden, weil die Parteien an Bindungskraft eingebüßt haben. Bürgerräte können die Demokratie ergänzen, müssen dazu aber mit echten Entscheidungsrechten ausgestattet werden. Zumindest sollten ihre Vorschläge zwingend in die parlamentarische Arbeit der jeweiligen Ebene einfließen. Die Ablehnung der Vorschläge durch die Parlamente könnte beispielsweise an qualifizierte Mehrheiten im Parlament gebunden sein.

Neben Bundesrat und Bundestag sollte eine Bürgerkammer eingerichtet werden, in die ausschließlich Abgeordnete aus NGOs gewählt werden, d.h. zur Wahl stellen sich nicht Parteien, sondern zivilgesellschaftliche Organisationen. Eine solche Bürgerkammer wird mit ähnlichen Rechten – Einspruchs- und Zustimmungsgesetze – ausgestattet wie der Bundesrat. Die umweltrechtlichen Klagemöglichkeiten sind auszuweiten auf altruistische Klagen im Interesse der Umwelt. Ökosysteme sind deshalb mit eigenen Rechten auszustatten.

Der Verfassungsschutz ist grundlegend zu reformieren. Entscheidungen über Finanzmittel oder Berufsmöglichkeiten dürfen nicht – auch nicht faktisch – beim Verfassungsschutz liegen. Weiter müssen Polizei und Verfassungsschutz effektiver und transparenter kontrolliert werden. Dazu sind die auf Bundesebene und von einigen Ländern eingeführten Polizeibeauftragten ein erster Ansatz. Sie sollen niederschwellig Beschwerden entgegennehmen oder aus eigener Initiative Missstände untersuchen. Ihre Kompetenz darf aber nicht in Berichten enden, die in ministerialen Schubladen verschwinden.

Gegen einzelne Mitglieder der AfD ist ein Antrag beim BVerfG auf Aberkennung ihrer Grundrechte und des passiven Wahlrechts zu stellen. Die AfD muss von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden und gegen die AfD ist ein Verbotsverfahren einzuleiten.

2. Industrie- und Infrastrukturpolitik statt Aufrüstung

Die Zeitenwende ist mit einem enormen Aufrüstungsprogramm verbunden, dass auch dann nicht überzeugt, wenn man eine Bedrohung durch Russland unterstellt, denn notwendige Verteidigungsausgaben können sich nicht am BIP orientieren, sondern an militärischen Fähigkeiten und Bedarfen. Noch werden nicht annähernd 5 % des BIP für Rüstung ausgegeben und schon wird sichtbar, dass die Aufrüstung mit Kürzungen im Bereich des Sozialen und einem Abrücken vom ökologischen Umbau verbunden ist. Linke Politik muss sich weiterer Aufrüstung entgegenstellen. Die Zeitenwende hat neue Feindbilder produziert oder alte aufleben lassen, die auch zur Repression nach innen führen und am Ende den Rechtsstaat unterminieren. Dem muss die Linke widersprechen.

Die marode Infrastruktur und die neue weltwirtschaftliche Ordnung verlangen ebenso wie die ökologischen Verwerfungen eine Umstrukturierung der Wirtschaft und erhebliche staatliche Anstrengungen, den Umbau zu gestalten und zu steuern. Gefragt ist eine neue Industriepolitik, die sich an einem qualitativen, ökologischen Wachstum ausrichtet.

Dazu braucht es gezielte staatliche Investitionsteuerung anstelle von eher zufälligen Subventionen von Vorhaben großer Unternehmen. Die Investitionen müssen in den ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Sanierung der Infrastruktur fließen. Vorrang hat neben den Bildungseinrichtungen der öffentliche Verkehr. Die 100 Mrd. „Sondervermögen“, das als Ausnahme von den Kreditobergrenzen für die Infrastruktur in die Verfassung geschrieben wurde, reichen bei weitem nicht aus. Schon die notwendigen Investitionen in die Bahn überschreiten diese Summe um ein Vielfaches. Die umweltgerechte Sanierung öffentlicher Gebäude ist da noch gar nicht einkalkuliert. Infrastruktur und „Daseinsvorsorge“ wie Wasser, Strom oder Entsorgung gehören in öffentliche Hände.

Die Ablösung fossiler Energieträger durch regenerative Energie muss stärker als bisher vorangetrieben werden – hier sind neue Partnerschaften mit dem globalen Süden wichtig und richtungsweisend. Aber die Ablösung fossiler Energie durch regenerative Energie reicht nicht aus: Staatliche Industriepolitik muss die Umstellung auf nachhaltige Ressourcen in allen Bereichen wie z.B. dem Bauen mit Holz vorantreiben. Plastik muss weitgehend durch regenerative Stoffe wie Glas und Holz ersetzt werden. Dazu braucht es eine staatliche Investitionsoffensive und Investitionslenkung von öffentlichen wie privaten Investitionen. Für letztere stehen Steuerungsinstrumente zur Verfügung, die ausgebaut und erweitert werden können. Dazu gehört die staatliche Beteiligung an privaten Unternehmen, die geldpolitische Regulierung der Zinssätze, Vorgaben zur Ausweitung oder Begrenzung von Investitionen, die Raumplanung wie nicht zuletzt Genehmigungsverfahren.

3. Wirtschaftsdemokratie und Steuerung

Die Rückkehr zum Flächentarifvertrag, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und Regeln gegen Union- und Betriebsrats-Busting sind ein erster Schritt zu einem Übergang in eine wirtschaftsdemokratische Ökonomie. Wirtschaftsdemokratie ist in der gesellschaftlichen Linken lange diskutiert worden und meint die demokratische Entscheidung über Fragen was, wie, wann und wo produziert wird. Wirtschaftsdemokratie wird dabei im Gegenstromprinzip gedacht, d.h. die kleineren organisationalen Einheiten sind an Entscheidungen der höheren Einheiten zu beteiligen, während die größeren, höheren Organisationseinheiten Vorgaben für die unteren Ebenen machen können. Ansatzweise wird dieses Prinzip in der Raumplanung versucht zu verwirklichen, wird aber durch die Konkurrenzsituation der Kommunen etwa um Industrieansiedlungen konterkariert.

Die Unternehmensorganisation und -mitbestimmung ist für eine Wirtschaftsdemokratie umzugestalten. Die rechtliche Zielbestimmung von Unternehmen verschiedener Gesellschaftsformen können von der Gewinnverpflichtung auf ökologische oder soziale Ziele – z.B. die Development Goals der UNO – verpflichtet werden. Bedeutender ist es aber, die Mitbestimmung zu erweitern, d.h. mehr Unternehmen einzubeziehen und die Mitbestimmung über die Vertretung der Beschäftigten auszuweiten etwa auf die Vertretung zivilgesellschaftlicher Organisationen wie den Verbraucherverbänden. Entscheidungen finden nicht nur im Aufsichtsrat, sondern vor allem im Vorstand der Unternehmen statt, d.h. hier sind über den „Arbeitsdirektor“ hinaus weitere Sitze nicht von der Kapitalseite zu bestimmen.

In der Weimarer Verfassung gab es Wirtschafts- und Sozialräte, die von der kommunalen über die regionale bis zur staatlichen Ebene die Wirtschaftsentwicklung beraten und planen sollten. Die Räte scheiterten am Widerstand der Kapitalseite. In der EU-Verfassung gibt es einen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der von Unternehmen, Gewerkschaften und NGOs besetzt wird, allerdings nur beratende Kompetenzen hat. Das gleiche gilt auch für den Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council, ECOSOC) der UNO. Der Grundgedanke kann aufgegriffen, d.h. Wirtschafts- und Sozialräte in der Bundesrepublik mit Entscheidungsbefugnissen eingerichtet werden. Vorbild könnten beispielsweise die Wasserräte sein, welche nach der Wasserrahmenrichtlinie der EU, die Wasserplanung übernehmen sollen, allerdings von Unternehmen und Staat dominiert werden, weil die Zusammensetzung nicht normiert wurde.

Die Bauplanung muss zum ursprünglich intendierten Zweck zurückkehren, nämlich als Planung der zukünftigen Stadtentwicklung. Inzwischen ist sie eher Auftragsplanung für Projekte von Großinvestoren geworden. Mit einer zukunftsorientierten Stadt- und Bauplanung kann auch der soziale und genossenschaftliche Wohnungsbau gefördert werden. Daneben braucht es weitere Förderinstrumente und eine Vereinfachung des Genossenschaftsrechts.

Entbürokratisierung lässt sich immer gut fordern. Marktgläubige meinen damit den Abbau von Umweltstandards und von Arbeitsschutz. Entbürokratisierung müsste den Bürgerinnen und Bürgern nützen. Wozu braucht es etwa noch eine Geburtsurkunde? Wieso können Standesämter nicht auf Eheschließungs- und Scheidungsunterlagen in ganz Deutschland zugreifen? Das ist auch eine Frage der Digitalisierung: Sie sollte den Zugang für Bürgerinnen und Bürger erleichtern und nicht über technische Hürden und die

Verlagerung von Arbeit an den „Kunden“ den Zugang zu öffentlichen Leistungen erschweren.

4. Ökologischer Umbau

Die Energiewende ist in Deutschland und der EU vorangeschritten, aber keineswegs abgeschlossen, insbesondere am Ausbau der Windenergie und von Zwischenspeichermöglichkeiten hapert es weiterhin. Die Stromnetze sind unzureichend und wenig intelligent. Überschüssiger Strom müsste in die Produktion von Wasserstoff, der Gas ersetzen soll, umgewandelt werden, auch da sind die Fortschritte bescheiden und zu langsam. Hier sind staatliche Investitionsoffensiven geboten.

Mit dem grünen Punkt Verpackungsmüll ist die Produktion von Plastik-Verpackungsmüll keineswegs gesunken. Das Plastik wird in der Regel nicht recycelt, sondern thermisch entsorgt, d.h. schlicht verbrannt oder noch schlimmer, in die Länder des globalen Südens exportiert. Die Produktion von Plastik muss insgesamt reduziert werden. Verpackungen müssen wiederverwendbar sein. Plastik kann durch nachwachsende und abbaubare Rohstoffe wie Holz ersetzt werden. Selbst Fahrräder lassen sich zu großen Teilen aus Holz bauen. Ähnliches gilt für die Bauindustrie: Beton muss abgelöst werden durch weniger klimaschädliches Material, insbesondere Holz. Der Export von Plastikmüll gehört verboten und das Verbot muss intensiv überwacht werden. Dazu ist es sinnvoll, die Müllabfuhr zu rekommunalisieren, wo sie in den 1990er Jahren privatisiert wurde.

Mobilitätswende heißt nicht der Wechsel vom Verbrenner zum E-Auto, was eine ausreichende Infrastruktur an Ladepunkten voraussetzt, die offenbar von der öffentlichen Hand organisiert werden muss. Mobilitätswende heißt vor allem die Straßen sicherer zu machen. Während es in Helsinki 2024 keinen Verkehrstoten gab, gab es in Berlin 55 Verkehrstoten. Die Zahl der Toten Radfahrer steigt im Unterschied zu den Autofahrern – hier besteht dringender Handlungsbedarf, weil Radfahrer sich in der Regeln nicht selbst zu Tode fahren. Das heißt: Es muss ein sicheres, von der Fahrbahn deutlich getrenntes Radwegenetz ausgebaut werden, einschließlich von Radschnellstraßen, die man übrigens mit Solarzellen überdachen könnte, so dass das Rad auch bei schlechtem Wetter eine Alternative für mittlere und kürzere Strecken ist. Das Schienennetz, das hat sich inzwischen herumgesprochen muss ausgebaut und erneuert werden. Dazu muss Geld vom Straßenbau in den Schienenbau umgeleitet werden. Güter gehören auf die Bahn, der Gütertransport mit LKW sollte auf 100 km um den Start- und den Zielpunkt des Transportes beschränkt werden. Im ÖPNV muss mit selbstfahrenden Ruftaxis experimentiert werden.

Im Bereich des Artenschutzes und der Renaturierung hatte die EU sinnvolle und weitreichende Initiativen auf den Weg gebracht, die aber nach dem Schwenk zur Aufrüstung und antiökologischen Protesten fallen gelassen oder verwässert wurden. Diese Initiativen zur Renaturierung von Mooren, Wäldern und Wasserläufen müssen aufgegriffen und konsequent umgesetzt werden. Ein Problem des Naturschutzrechtes ist das Vollzugsdefizit und die schlechte Überwachung. Umweltschutz wird umso schlechter vollzogen und überwacht, je niedriger die Überwachungsbehörden territorial angesiedelt sind, weil die Konkurrenz um Industrieansiedlung oder Einwohnerstatistik den Umweltschutz in den Hintergrund drängt. Hinzu kommt, dass vor allem kleine Kommunen den Rechtsabteilungen etwa von Unternehmen hoffnungslos unterlegen sein müssen. Die Administration des Umweltrechts ist also entsprechend auf Landesebene bei spezialisierten Behörden anzusiedeln.

5. Sozialstaat und Steuern

Sozialstaat und ökologischer Umbau brauchen ein gerechtes Steuersystem mit einem deutlich höheren Spitzensteuersatz, mit einer Vermögenssteuer und einer Erbschaftsteuer, die nicht über Ausnahmen für Unternehmen die Reichen begünstigt. Es braucht eine Kapitalertragssteuer und eine Finanztransaktionssteuer, die sich erstens am Einkommenssteuersatz orientiert und nicht pauschal bei 25 % für alle liegt. Die Finanztransaktionssteuer sollte nicht nur zu Steuereinnahmen führen, sondern auch eine regulatorische Wirkung haben, d.h. den high speed Handel an den Börsen reduzieren oder lahmlegen. Antiökologische Steuervergünstigungen etwa für Dienstwagen, Landwirtschaftsdiesel oder Flugbenzin gehören gestrichen.

Steuern müssen auch gezahlt werden. Zwischen den Bundesländern existiert geradezu ein Wettbewerb um die niedrigste Quote von Steuerprüfungen von Unternehmen. Im Durchschnitt kommt nur alle 41 Jahre ein Steuerprüfer in ein Unternehmen. Die Zahl sinkt zwar mit der Größe der Unternehmen auf ca. alle 5 Jahre bei Großunternehmen, was aber immer noch zu wenig ist. Der Bundesrechnungshof monierte die zu geringe Zahl von Prüfungen. Die Zahl der Steuerprüfungen muss erhöht und die Steuerverwaltung an dieser Stelle zur Bundesverwaltung werden. Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit wird vom Zoll geprüft. Auch dort ist die Anzahl der Prüfungen viel zu gering. Die Situation ist auch aus fiskalischer Sicht unsinnig, weil Prüfer mehr einbringen, als sie den Staat kosten.

Im Bereich der Renten- und Krankenversicherung muss das Zweiklassensystem abgeschafft und durch Bürgerversicherungen, die alle erfassen, auch Beamte und Selbstständige ersetzt werden. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind nicht zu rechtfertigen und gehören abgeschafft – dann würden sich die Systeme auch wieder tragen, ohne weiter bei den Leistungen zu kürzen.

Wohnimmobilien und Grünland dürfen nicht Spekulationsobjekte von Immobilien- und Agrarkonzernen bleiben. Der Trend zur Investition in Betongold trägt dazu bei, die Immobilienpreise und mit ihnen die Miete in die Höhe zu treiben. Dieser Trend muss umgekehrt werden, indem hohe Steuern auf entsprechende Geschäftsmodelle erhoben werden. Die Vorkaufsrechte der öffentlichen Hand sollten ausgebaut und auch genutzt werden, wozu es eine finanzielle Stärkung der Kommunen braucht. Eine Rückkehr zur antizipierenden Bauplanung muss nicht nur die ökologische Dimension berücksichtigen, sondern mit der Planung von sozial gemischten Wohnvierteln statt der typischen Segregation auch die soziale. Die Verkehrsplanung muss auf ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger abgestimmt werden, die autorgerechte Stadt ist aus dem vorigen Jahrhundert.

Die EU hat mit der Plattformrichtlinie die Rechte von Scheinselbständigen, die für digitale Plattformen arbeiten, erweitert, indem sie als Arbeitnehmer anerkannt werden sollen. Die Umsetzung liegt aber weitgehend in den Händen der Beschäftigten. Gleichzeitig versucht die EU – mehr oder weniger erfolgreich – gegen Monopole von digitalen Konzernen wie Google vorzugehen. Auch digitale Konzerne müssen dort besteuert werden, wo die Gewinne anfallen, d.h. die Steuerflucht in sog. Steueroasen muss nicht nur für Digitalkonzerne gestoppt werden. Digitalkonzerne verfügen – wie die USA unter Trump unter Beweis stellen – nicht nur über Marktmacht, sondern auch über eine mediale Macht, die kontrolliert werden muss. Digitale Kommunikation gehört inzwischen zur Infrastruktur und somit in die öffentliche Hand.

6. Finanzausgleich

Das System der Steuerverteilung ist in der Bundesrepublik auf Konkurrenz angelegt, d.h. die Länder konkurrieren ebenso wie die Kommunen um Steuereinnahmen, d.h. um Einwohner und Unternehmensansiedlungen. Das gleiche gilt auch in der EU zwischen den Staaten. Diese organisierte Konkurrenz führt nicht nur zu Rechtsverletzungen, sondern auch zu einem Wettlauf nach unten bei sozialen und ökologischen Standards. Dieses System ist grundsätzlich reformbedürftig.

Dabei müssen insbesondere die Kommunen besser finanziert werden und die Regel gelten: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch. Will sagen: Wenn die Kommunen durch Bundes- oder Landesgesetze neue Aufgaben bekommen, müssen diese auch gegenfinanziert werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Schulen, Kitas, Straßen und den ÖPNV ebenso wie kulturelle Einrichtungen zu finanzieren, ohne sich zu überschulden. Eine Umschuldung der kommunalen Defizite ist angebracht.

Das System des Finanzausgleichs, das auf den Wohnsitz bei einer der wichtigsten Steuer, der Lohnsteuer, abstellt, bevorzugt die Speckgürtel und benachteiligt die Stadtstaaten, während umgekehrt die größeren Städte Aufgaben oder Angebote auch für das Umland übernehmen. Das System ist reformbedürftig, beispielsweise indem die Lohnsteuer nicht nach dem Ort des Aufkommens also dem Wohnsitzprinzip, sondern pro Einwohner umverteilt wird.

7. Migrationspolitik

Die größte Zahl der Zuwanderer sind nicht etwa Asylbewerber, sondern Migranten aus der EU, insbesondere aus den ärmeren EU-Ländern im Südosten, also Rumänien und Bulgarien. Diese Arbeitsmigranten sind oft schlecht integriert und werden oft von mafiösen Strukturen der Heimatländer ausgebeutet, indem sie beispielsweise exorbitante Mieten für Schrottimmobilien zahlen. Sinnvoll ist es, die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU neu zu regeln und zu reglementieren. Beispielsweise könnte man die Zuwanderung von tarifgebundenen Arbeitsverträgen abhängig machen. Die EU muss darauf verpflichtet werden, annähernd gleiche Lebensverhältnisse in den Mitgliedstaaten zu organisieren. Wenn der Unterschied zwischen reichen und armen Mitgliedstaaten nivelliert wird, wird vermutlich auch der Druck aus der Migration innerhalb der EU genommen. Die EU muss sich dazu von ihren neoliberalen Wurzeln trennen, welche bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf einen Konkurrenzmechanismus mit Lohndumpingeffekten setzte. Die Mindestlohnrichtlinie der EU ist dazu nur ein erster Schritt, weil sie zu weich ist und den Mindestlohn nur relational zum Durchschnittseinkommen festsetzen kann, womit das Wohlstandsgefälle nicht aufgehoben wird.

Mit Blick auf politisches Asyl und subsidiären Schutz muss das Ziel einer humanen Flüchtlingspolitik die Einhaltung der bisher geltenden rechtlichen Standards sein. Das gilt insbesondere für die Staaten, die durch Grenzzäune, Frontex, oder einen Pakt mit den mehr oder weniger repressiven Mittelmeeranrainern, die Nachbarn der EU sind, ihre eigenen Standards und internationale Abkommen unterlaufen oder verletzen. Frontex ist – so die Berichte – immer wieder in illegale Push Backs verwickelt. Frontex muss

besser überwacht und kontrolliert werden. Frontex ist eine Agentur der EU mit eigener Rechtspersönlichkeit, die in technischen und operativen Fragen unabhängig operiert. Für das eingesetzte Personal wurde jedenfalls teilweise eine straf- und zivilrechtliche Immunität vereinbart. Sinnvoll erscheint es, Frontex als „normale“ Behörde mit Hierarchien, Weisungsrechten und Verantwortlichkeiten zu organisieren, was die Unterwerfung unter beamtenrechtliche Vorschriften ohne Immunität impliziert.

Geflüchtete mit Bleiberecht sollten schneller und besser in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden. Eine Arbeitserlaubnis muss schneller erteilt werden – das fördert die Integration und senkt die Kosten für Asylbewerberleistungen. Die Bildungs- und Sprachangebote sind erheblich auszuweiten und zu verbessern. Umgekehrt gilt das Recht auch für Menschen ohne Bleiberecht: Sie werden in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Ausnahmen sollten aber gelten für Menschen, die viele Jahre in der Bundesrepublik leben und gut integriert sind.

Gleichzeitig sollten die legalen Zuwanderungsperspektiven erweitert werden, was zu verbinden ist mit einer deutlichen Erhöhung und qualitativen Verbesserung der sog. Entwicklungshilfe, von Hilfen bei Naturkatastrophen und Ähnlichem, sowie der Schaffung von entwicklungsfreundlichen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Auch im Interesse einer solidarischen Weltwirtschaft ist Migration wünschenswert. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre ein großzügiges, nicht allein utilitaristisch motiviertes Einwanderungsgesetz. Vorteilhaft wäre es, weil es klare Regeln setzen würde und Migranten und Migrantinnen auf sicherem Wege einreisen könnten und die Integration durch einen klaren Aufenthaltsstatus erleichtert würde. Bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem globalen Süden bedarf es zum Schutz dieser Länder Kontingente oder Obergrenzen und eine Entschädigungszahlungen an die Herkunftsländer für die Kosten der Ausbildung. Außerdem sollten Perspektiven auch für die Ärmsten der Armen geschaffen werden, die nie eine Chance haben, zu migrieren. Für sie können tatsächlich Kontingente eingeführt werden.

In langfristiger Perspektive gilt, dass ökonomische und politische Bedingungen so zu ändern sind, dass Grenzen durchlässig werden, oder an Bedeutung verlieren und so die Zukunftsvision realisiert wird, wonach nicht das Kapital, sondern die Menschen sich frei auf dem Globus bewegen können.

8. Bildung

Von einem gleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen kann man in Deutschland – im Vergleich zu den europäischen Nachbarn – nicht sprechen. Internationale Bildungsberichte bemängeln immer wieder die soziale Selektion, d.h. Gymnasium und Universität werden überdurchschnittlich von Kindern ökonomisch besser gestellter Eltern besucht. Eine Schule für alle steht deshalb weiter auf dem Programm fortschrittlicher Bildungspolitik. Die Selektion beginnt jedoch schon in der Grundschule, wenn die Schulen nach Wohnort zugeteilt werden. Die Schulen aus den ärmeren Vierteln sind i.d.R. benachteiligt und haben mit überdurchschnittlich vielen Problemen zu kämpfen, insbesondere dem hohen Anteil von Kindern mit geringen Deutschkenntnissen. Wo es geht, ist deshalb anders zu verteilen und der Elternwunsch kann allenfalls nachrangiges Verteilungskriterium sein. Die Schulen in den Problemvierteln sind besser mit Personal und Material auszustatten als andere Schulen, nicht umgekehrt. Ganztagsangebote müssen kostenlos erweitert werden. Der gesetzliche Anspruch auf einen Kitaplatz muss Realität werden. Kitaplätze müssen wie Schulen und Universitäten kostenlos angeboten werden, denn die soziale Auslese beginnt schon im Vorschulalter oder mit der Vorschulbildung.